

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 12/13. 33. Jahrg.

26. März 1920.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementpreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

**Redaktion:**  
Hans Ronnger, Berlin N 24, Eisasserstr. 86-88, III. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.  
Verlag: Joh. Hass, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die vierspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expeditionen erbeten.*

## PREISAUSSCHREIBEN

I.

Zur Erlangung einer neuen Beitragsmarke fördert der Verbandsvorstand die zeichnerisch tätigen Mitglieder auf, ihm Entwürfe einzusenden, die sich zu einfarbiger Wiedergabe eignen. In bezug auf die Technik ist den Bewerbern freie Hand gelassen. Die Entwürfe sind in der Größe 9 cm breit und 12 cm hoch zu halten und werden photographisch auf 12:16 mm verkleinert. Als Text muß die Marke den Titel des Verbandes, mindestens aber die Anfangsbuchstaben V. d. L., St. u. v. B. und ein Feld für die Wertbezeichnung der Marken enthalten.

Als Preise werden 100.—, 75.— und 50.— Mk. ausgesetzt. Die Arbeiten der Preisträger gehen in Verbandsbesitz über.

Das Preisrichter-Kollegium soll sich aus drei zeichnerisch tätigen Mitgliedern und zwei Akademikern zusammensetzen, die zu diesem Amte entweder von der Leipziger oder Berliner Akademie gebeten werden sollen.

Der Verbandsvorstand bittet, ihm Entwürfe bis spätestens **Mittwoch, den 14. April** einzusenden.

Die neue Marke wird gebraucht, auch wenn die Urabstimmung keine Veränderung der Werte ergeben sollte. Die Entwürfe müssen ein Kennwort und ein geschlossenes Kuvert den Namen des Einsenders und das Kennwort enthalten.

Die Entwürfe sollen mit einer Besprechung den Mitgliedern als Wanderausstellung zur Verfügung gestellt werden.

II.

In gleicher Weise schreibt der Verbandsvorstand einen Wettbewerb für einen **zeitgemäßen Briefkopf** aus, der sich für lithographische Wiedergabe eignet und im Offsetdruckverfahren hergestellt werden kann.

Der Text ist:

**Verband der Lithographen, Steindrucker u. verwandten Berufe**  
(Deutscher Senefelder-Bund)

Verbandsvorstand:  
Berlin N. 24, Eisasserstraße 86-88 III. Berlin, den 192  
Fernruf: Amt Norden 4268.

Durch Weglassen der Adresse des Verbandsvorstandes und der Ortsbezeichnung muß sich der Briefkopf auch für die Mitgliedschaften und sowohl für Quart- wie auch Queroktavformat eignen.

Als Preise werden 200.—, 150.— und 100.— Mk. ausgesetzt. Auch hier gehen die Arbeiten der Preisträger in Verbandsbesitz über. Der Verbandsvorstand behält sich die Vergebung der Ausführung des Entwurfes vor, bittet aber bei Einsendung um Mitteilung, ob auch die Ausführung übernommen werden kann.

Als Schlußtermin gilt der **4. Mai**.

Der Verbandsvorstand.

## Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Ergebnisse. Rundschau. Vierte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. II. Gleitende Beiträge. — **Allgemeines:** Zur Urabstimmung. Ortsberichte: Dresden. Dresden, Graphisches Kartell. Gotha. Niedersiedlitz. — **Die photomech. Fächer:** Die Lohnverhältnisse im Lichtdruckgewerbe. III. Ortsberichte: Leipzig, Lichtdrucker: Leipzig, Chemigraphen. — **Graphische Technik:** Die Faltschadtel. — **Feuilleton:** Eingegangene Schriften. — **Totenliste.** — **Anzeigen.**

## Bekanntmachungen.

### An alle Orts- und Gauvorstände

sandten wir am 10. März unser *Rundsreiben Nr. 7*. Dieses enthält die mit Beginn des 2. Quartals, also vom 4. April ab in Kraft tretenden statutarischen Bestimmungen über unsere

### Invaliden- und Witwenunterstützung.

Das Rundsreiben gibt außerdem genaue Anweisungen, die wir in allen Teilen zu beachten bitten.

Am 11. März versandten wir unser *Rundsreiben Nr. 8*. In diesem werden die Beschlüsse des Tarifamtes für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker vom 10. März 1920 betr. neue Teuerungszulagen eingehend mitgeteilt.

Am 24. März versandten wir unser *Rundsreiben Nr. 9*. In diesem werden die am 14. März zwischen den beiden Vertragsorganisationen gefaßten Beschlüsse über

### Erhöhung der Teuerungszulagen im Lithographie- und Steindruckgewerbe

bekannt gegeben.

Sollten diese Sendungen irgendwo nicht angekommen sein, so bitten wir um sofortige Mitteilung, damit wir diese drei Rundsreiben noch einmal schicken können. Denn diese müssen im Besitz sämtlicher Orts- und Gauvorstände sein.

Der Verbandsvorstand.

## Tarifamt für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Geschäftsstelle: Berlin SW 68, Markgrafens-  
straße 73, III.

### Bekanntmachung.

Die beiden Vertragsorganisationen, der Verband Deutscher Steindruckereibesitzer und der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, haben in Verfolg des Gehilfenantrages auf Gewährung einer dritten Teuerungszulage in einer am 14. März 1920 zu Berlin stattgefundenen Verhandlung nachstehende Vereinbarung getroffen:

Für die drei Wochen, deren Lohnzahlungstage in die Zeit vom 1.-20. März fallen, erhalten:

Gehilfen im Alter von 18-21 Jahre Mk. 18.—,

Gehilfen im Alter von über 21-24 Jahre

Mk. 21.—,

Gehilfen im Alter von über 24 Jahre Mk. 25.—

weitere wöchentliche Teuerungszulage.

In der Lohnwoche, in die der 22. März

1920 fällt, erhöhen sich obige Teuerungszulagen für

Gehilfen im Alter von 18-21 Jahre um

Mk. 7.— pro Woche,

Gehilfen im Alter von über 21-24 Jahre um

Mk. 9.— pro Woche,

Gehilfen im Alter von über 24 Jahre um

Mk. 10.— pro Woche.

In der Lohnwoche, in die der 19. April

fällt, erhöhen sich die Zulagen abermals für

Gehilfen im Alter von 18-21 Jahre um

Mk. 5.— pro Woche,

Gehilfen im Alter von über 21-24 Jahre um

Mk. 7.— pro Woche,

Gehilfen im Alter von über 24 Jahre um

Mk. 10.— pro Woche.

Nach dem 11. Januar 1920 unter Vor-

behalt oder Protest gewährte Zulagen können

angerechnet werden.

Diese Vereinbarung gilt bis zum 31. Mai 1920.

Berlin, den 14. März 1920.

Für den Verband Deutscher Steindruckerei-

besitzer:

Dr. L. Hagelberg.

Für den Verband der Steindrucker, Litho-

graphen und verwandten Berufe:

Joh. Hass.

## Ergebnisse.

Das Ziel des Graphischen Bundes ist der graphische Industrieverband. Jeder Organisationskundige weiß, daß bis zu diesem Ziel noch ein weiter Weg ist und Hindernisse verschiedener Art diesen Weg sperren. Es ist nicht einfach damit getan, die einzelnen Berufsorganisationen zusammen zu legen, sie der Form nach äußerlich zusammen zu bringen, sondern in der gemeinsamen Betätigung, in dem Streben nach einem einheitlichen Ziel liegt das Schwergewicht zukünftiger Arbeit.

Daß bei dieser gemeinsamen Tätigkeit die einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse an erster Stelle steht und stehen muß, ergibt sich ganz von selbst. Es gilt deshalb, neben der organisatorischen Neuordnung die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach einheitlichen Gesichtspunkten vorzubereiten.

Als einen Anfang zur einheitlichen Lohnregulierung kann der Beschluß betrachtet werden, einheitliche Teuerungszulagen zu fordern. Warum Teuerungszulagen gefordert werden mußten braucht nicht erst gesagt zu werden. Leider war es diesmal noch nicht möglich, die gemeinsam aufgestellte Forderung auch in gemeinsamer Verhandlung zu erledigen. Wohl können wir es unsern Buchdruckerkollegen voll und ganz nachfühlen, wenn sie zu solch' wichtigem Schritt die Zustimmung der gesamten Buchdrucker haben wollen, aber wir geben schon heute dem Wunsche Ausdruck, daß der Verbandstag der Buchdrucker in Leipzig im Sinne gemeinsamer Arbeit entscheiden möge.

So blieb denn weiter nichts übrig, als die gemeinsam aufgestellte Forderung einer Teuerungszulage in Höhe von 70 Mk. pro Woche in der bisher üblichen Weise zur Verhandlung zu bringen. Vom Verbandsvorstand wurde die einheitliche Forderung für das Lithographie- und Steindruckgewerbe, für das Chemigraphie-

und Kupferdruckgewerbe, für das Litho-  
druckgewerbe und für die Kunstdruckindustrie ein-  
gerichtet.

Die Buchdrucker, die zuerst mit ihren Unter-  
nehmern zu Verhandlungen kamen, erzielten  
kein Ergebnis. Der Schiedsspruch, der auf  
Anruf der Gehilfenvertreter vom Reichsarbeits-  
ministerium als Schlichtungsausschuß gefällt  
wurde, fand nicht die Zustimmung der Unter-  
nehmer, trotzdem er die Wünsche der Gehilfen  
nicht befriedigte. Auch weiterhin geführte Ver-  
handlungen ergaben noch kein Ergebnis, doch  
steht zu erwarten, daß eine Einigung erfolgt.

Entgegen der Absicht, für unsern Verband  
zuerst im Lithographie- und Steindruckgewerbe  
zu verhandeln, machten die Chemigraphen den  
Anfang, trotzdem deren letzte Zulage am 22.  
Januar erfolgte. Nachdem aber die Unter-  
nehmer sich zu Verhandlungen bereit erklärten,  
konnte und durfte dem Drängen der Kollegen  
kein Widerstand entgegengesetzt werden.

So kam es zu Verhandlungen am 10. März.  
Das Scheitern der Verhandlungen im Buch-  
druckgewerbe, eine Reihe Streiks der Hilfs-  
arbeiter in verschiedenen Orten Deutschlands,  
insbesondere aber der am 6. März ausge-  
brochene Streik der Chemigraphen in Nürn-  
berg hatte die Unternehmer dermaßen auf-  
gebracht, daß sie jedwede Verhandlung von  
der Arbeitsaufnahme in Nürnberg abhängig  
machten. Erst nach stundenlangen Verhand-  
lungen gelang es den Gehilfenvertretern durch  
Abgabe einer Erklärung die Verhandlungen  
zu ermöglichen.

Der Vertreter des Verbandsvorstandes be-  
gründete die Forderungen der Gehilfen in ein-  
gehender Weise, gestützt auf behördliche Mit-  
teilungen und Aufstellungen aus Kollegen-  
kreisen. Auch die Möglichkeit der Durchführung  
der gestellten Forderungen wurde nach allen  
Seiten hin untersucht und nichts gefunden, was  
eine Durchführung der Forderung hindernd  
im Wege steht.

Die Unternehmer hielten diesen Darlegungen  
entgegen, daß die letzte Preissteigerung für  
Klischees und Erzeugnisse des Kupferdrucks  
noch nicht einmal durchgeführt seien, weil diese  
Preise von den Auftraggebern nicht zu erzielen  
waren. Außerdem seien die Materialpreise  
weiter in so erheblicher Weise gestiegen, daß  
Schäden aus diesem Grunde eine weitere Preis-  
steigerung notwendig sei. Die Unternehmer  
operierten dann mit dem Devisensturz, der in  
den letzten drei Tagen den Wert von hundert  
holländischen Gulden um 1000 Mk. verringert  
hat. Sie zogen daraus den Schluß, daß weitere  
Preissteigerungen im allgemeinen nicht zu er-  
warten seien und auch die Milliardenzuschüsse  
der Regierung zu den Lebensmitteln infolge  
der Verbesserung der Valuta mehr als aus-  
geglichen sind.

In stundenlangen Erörterungen wiesen die  
Gehilfenvertreter immer wieder auf die Not  
der graphischen Arbeiter hin und verlangten  
die Gewährleistung ihrer Existenz. Nach diesen  
Erörterungen zogen sich die Unternehmer zu  
Sonderberatungen zurück, weil sie uns nach  
unseren Ausführungen das Angebot der Unter-  
nehmervertreter vom Tage vorher anscheinend  
nicht anzubieten wagten. Es war schon wäh-  
rend der Verhandlungen bekannt geworden,  
daß die Kupferdrucker beschlossen hatten, über-  
haupt keine Zulage zu gewähren und für die  
Chemigraphen sollten allerhöchstens 15, 20  
und 25 Mk. bewilligt werden.

Das Angebot der Unternehmer lautete dann:  
Für Gehilfen bis 21 Jahre 20 Mk., bis 24  
Jahre 25 Mk., über 24 Jahre 30 Mk. Diese  
Sätze sollten bindend festgelegt werden bis  
zum 1. Juni d. J. Der erste Zahltermin sollte  
der 26. März sein. Dazu gaben eine Reihe  
zugezogener Kreisvertreter der Unternehmer  
Erklärungen ab. Der Münchener Vertreter ver-  
langte, daß die am Sonnabend weniger ge-  
leistete Arbeitszeit von 2 Stunden von dieser  
Zulage in Abzug gebracht werden sollte. Der  
Vertreter des Kreises 5 Köln Düsseldorf lehnte  
die Gewährung jedweder Teuerungszulage ab,  
bis die Gehilfen den gemeinsam herbeigeführten

Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses in  
Düsseldorf auf Innehaltung der 46stündigen  
Arbeitszeit anerkannt hätten.

Als sich die Gehilfen zurückzogen, standen  
sie vor einer schwierigen Entscheidung. Trotz-  
dem das Angebot über die bisherigen Sätze  
beträchtlich hinausging, war es doch in keiner  
Weise anzunehmen. Die Gehilfen machten  
deshalb den Gegenvorschlag, daß Gehilfen bis  
21 Jahre 40 Mk., bis 24 Jahre 45 Mk. und  
über 24 Jahre 50 Mk. pro Woche erhalten  
sollten. Von dieser Summe sollte die Hälfte  
ab 1. März gezahlt werden, um einen Ausgleich  
für die Brot- und Kartoffelzulage zu schaffen.  
Die Sätze von 40, 45 und 50 Mk. sollten  
erstmalig am 19. März gezahlt werden. Die  
Gehilfen verlangten weiter, daß in den Fällen,  
wo im Buchdruckgewerbe durch Rechtsverbind-  
lichkeit des Schiedspruches oder neue Ver-  
handlungen eine höhere Zulage festgesetzt  
wird, auch im Chemigraphie- und Kupferdruck-  
gewerbe eine neue Sitzung des Tarifamtes  
berufen werden sollte. Die Bindung bis zum  
1. Juni wurde abgelehnt, ebenso die Aner-  
kennung der Erklärungen der Kreisvertreter  
von München und Köln. Die Verhandlungen  
zogen sich nun wieder in die Länge und es  
machte sich die Einsetzung einer Kommission  
notwendig, bis nach langen Verhandlungen  
folgendes Ergebnis erzielt wurde:

Es erhalten an neuen Teuerungszulagen:  
Gehilfen unter 21 Jahre 25 Mk., Gehilfen unter  
24 Jahre 30 Mk., Gehilfen über 24 Jahre  
35 Mk. wöchentlich. Diese Teuerungszulagen  
sind erstmalig in der Lohnwoche am Freitag,  
den 26. März auszuzahlen. Die Gehilfen der  
Städte Köln und Düsseldorf erhalten die vor-  
stehenden Teuerungszulagen erst, nachdem die  
für Köln und Düsseldorf durch den Schieds-  
spruch festgesetzte Arbeitszeit erfüllt ist.

Vorstehende Vereinbarungen sind am 1.  
und 15. jeden Monats mit 14tägiger Frist erst-  
malig am 15. April kündbar.

Als die Gehilfenvertreter einsahen, daß ein  
weiterer Fortschritt nicht zu erzielen war, legten  
sie sich in der Sonderberatung die Frage vor,  
ob wir dieses Anerbieten nicht ablehnen sollten.  
Nach Ansicht der Gehilfenvertreter besteht nur  
in ganz wenigen Städten die Möglichkeit, durch  
Kampf weitere Vorteile zu erreichen. In vielen  
Städten wird aber aller Voraussicht nach sogar  
um die Durchführung dieser Positionen ge-  
kämpft werden müssen. Nachdem auch unser  
letzter Versuch, wenigstens den Satz von  
35 Mk. auf 40 Mk. zu erhöhen, gescheitert  
war, haben sich die Gehilfenvertreter geeinigt,  
für das Ergebnis dieser Verhandlungen zu  
stimmen.

Sodann wurde noch eine provisorische Neu-  
festsetzung der Preise getroffen, die in einer  
eingesetzten Kommission einer Nachprüfung  
unterzogen werden soll. Diese Kommission  
soll gleichzeitig über ein neues Lohnprinzip  
und über die Bezahlung der Lehrlinge weiter  
verhandeln. Weiter wurden wenigstens pro-  
visorisch neue Sätze für die Kostgeldentschä-  
digung der Lehrlinge beschlossen, die mit dem  
gleichen Zeitpunkt der neuen Teuerungszulage  
der Gehilfen in Kraft treten sollen. Die Sätze  
sind im 1. Jahr 12 Mk., im 2. Jahr 18 Mk.,  
im 3. Jahr 24 Mk. und im 4. Jahr 30 Mk.

Den Verhandlungen im Chemigraphiege-  
werbe folgten am 14. März die Verhandlungen  
im Lithographie- und Steindruckgewerbe. Die  
Gehilfenvertreter halten sich in ihrer Vorbe-  
sprechung geeinigt, die Teuerungszulagen ab  
1. März zu fordern. Die durch verschiedene  
Umstände erfolgte Verzögerung der Verhand-  
lungen wäre sonst wieder auf Kosten der Ge-  
hilfen gegangen.

Der Vorsitzende der Unternehmer, Herr  
Dr. Hagelberg, wies in der Einleitung der Ver-  
handlungen darauf hin, daß sich die Gehilfen  
wiederholt bis zum 31. März vertraglich ge-  
bunden hätten. Auch auf die am 11. Januar  
gegebene Zulage sei nicht die gewünschte Ruhe  
im Gewerbe eingetreten, vielmehr hätte sich  
gleich im Anschluß daran passiver Widerstand

bemerkbar gemacht. Auch seien mehrfach Streiks  
zu verzeichnen gewesen. Die Unternehmer  
müßten fordern, daß eingegangene Verträge  
auch gehalten werden, andernfalls man sich  
fragen müsse, ob neue Lohnverhandlungen  
überhaupt einen Zweck hätten. Die einge-  
reichte Forderung biete keine Basis der Ver-  
handlung. Wohl seien die Unternehmer ein-  
sichtig genug zu erkennen, daß eine Teuerung  
eingetreten sei, aber eine so hohe Belastung  
könne das Gewerbe nicht tragen. Redner  
hofft, daß auch in den heutigen Verhand-  
lungen ein Weg gefunden werde, trotz des ein-  
getretenen politischen Umschwunges, der ganz  
aus den Verhandlungen ausscheiden möchte,  
der ein weiteres friedliches Zusammenarbeiten  
ermöglichte.

Dem Sprecher der Gehilfen, Kollegen Haß,  
war es nicht schwer nachzuweisen, daß die  
Gehilfen die eingegangenen Verträge gehalten  
hätten, wenn die Verhältnisse, für die sie  
Geltung haben sollten, gleichgeblieben wären.  
Da es aber nicht in der Macht der Gehilfen  
liegt der rapiden Teuerung Einhalt zu gebieten,  
war eben die Einhaltung der abgeschlossenen  
Verträge unmöglich. Dann begründete er in  
einhalbstündigen Ausführungen die Forderung  
der Gehilfen und belegte mit einwandfreiem  
Material die Notwendigkeit der gestellten For-  
derung. Nachdem eine Reihe Gehilfenver-  
treter nochmals die Forderung der Gehilfen  
eingehend begründet hatten und von Unter-  
nehmerseite wiederholt die Unmöglichkeit der  
Durchführung einer solchen Forderung betont  
war, boten die Unternehmer die gleiche Teue-  
rungszulage an, wie sie am 11. Januar ver-  
einbart wurde. Von Gehilfenseite wurde auf  
dieses Angebot hin erklärt, daß man am Ende  
der Verhandlungen angekommen sei, wenn  
die Unternehmer nicht in der Lage seien  
weiteres zu tun.

Nach Beendigung der Mittagspause machten  
die Unternehmer ein neues Angebot. Ab  
1. Mai sollten auf die gemachten Vorschläge  
je nach dem Alter der Gehilfen weitere 6, 8  
und 10 Mark folgen. Ledige sollten dabei  
generell 5 Mark weniger erhalten. Ferner  
sollten noch in Orten bis zu 15% Ortszu-  
schlag 5 Mark und in Orten ohne Prozentzu-  
schlag 10 Mark in Abzug kommen. Diesen  
Vorschlag, den die Unternehmer in seiner  
Auswirkung anscheinend gar nicht durchdacht  
hatten, lehnten die Gehilfenvertreter rundweg  
ab, weiterten sich in seine Verhandlung ein-  
zutreten und legten den Unternehmern nahe,  
einen Vorschlag zu machen über den sich ernst-  
haft reden lasse.

Die Unternehmer zogen sich nun zur Son-  
derberatung zurück und nach Wiederaufnahme  
der Verhandlungen ließen sie die Ortsstaffelung  
fallen, verlangten aber, ledigen Arbeitern über  
24 Jahre alt, 5 Mark weniger zahlen zu dürfen.  
Nach diesem Angebot zogen sich die Gehilfen-  
vertreter zur Beratung zurück und kamen  
dahin überein, auch dieses Angebot nicht weiter  
zu verhandeln. Mit Sicherheit war vorauszu-  
sehen, daß im Plenum nicht zu einem Er-  
gebnis zu kommen war, wurden die Unter-  
nehmer aufgefordert drei Kommissionsmit-  
glieder zu ernennen, die mit der gleichen  
Anzahl Gehilfenvertreter weiter verhandeln solle.

Nach stundenlangen Verhandeln der Kom-  
mission wurde in besonderen Beratungen zu  
dem Ergebnis der Kommissionsberatung Stellung  
genommen. Nach Wiederaufnahme der Plenar-  
verhandlungen wurde folgende Vereinbarung  
getroffen:

Für die drei Wochen, deren Lohntage in  
die Zeit vom 29. Februar bis 20. März 1920  
fallen erhalten Gehilfen

im Alter von 18 bis 21 Jahre je 18 Mk. pro Woche,  
" " " 21 " 24 " " 21 " " "  
" " über 24 Jahre " 25 " " "

In der Lohnwoche, in die der 22. März  
fällt, erhöht sich die Zulage für Gehilfen

im Alter von 18 bis 21 Jahre um 7 Mk. pro Woche  
" " " 21 " 24 " " 9 " " "  
" " über 24 Jahre " " 10 " " "



In der Lohnwoche, in die der 19. April fällt, erhöht sich die Teuerungszulage abermals für Gehilfen

im Alter von 18 bis 21 Jahre um 5 Mk. pro Woche
" " 21 " 24 " " 7 " " "
" " über 24 Jahre " " 10 " " "

Nach dem 11. Januar 1920 unter Protest oder Vorbehalt gewährte Zulagen können angedrungen werden. Diese Vereinbarung gilt bis zum 31. Mai 1920. Dazu wurde zu Protokoll gegeben, daß bei Eintreten außerordentlicher Verhältnisse auch vor dem festgesetzten Termin verhandelt werden kann.

Die erzielten Ergebnisse entsprechen nicht den gehegten Erwartungen und bleiben hinter den gestellten Forderungen ein ganz erhebliches Stück zurück. Trotzdem gaben die Verhandlungsteilnehmer auf Gehilfenseite ihre Zustimmung zu diesen Abschlüssen. Man war sich klar darüber, daß wohl in einigen Städten durch Kampf ein Mehr erzielt werden könnte, aber in der Mehrzahl der Städte, vor allen Dingen in den kleineren Druckorten, dürfte es außerordentlich schwer sein, durch Kampf über das Erreichte hinauszukommen.

Man bedenke bei Beurteilung der Ergebnisse, daß sie ohne Opfer für den einzelnen erzielt worden sind. Man bedenke auch ferner, daß der Kampf ein zweischneidiges Schwert ist und dieses Schwert den am schärfsten blüht, der unvorbereitet in den Kampf zieht. Und unvorbereiteter Kampf ist es, wenn einzelne Teile der Front zum Angriff vorgehen, ohne mit der Gesamtleitung eingehend Rücksprache genommen zu haben.

Rundschau.

Beitragserhöhung im Metallarbeiterverband. Auch der Metallarbeiterverband sieht sich gezwungen eine abermalige Beitragserhöhung seinen Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten, trotzdem auf der Generalversammlung in Stuttgart im Oktober vorigen Jahres der Beitrag um 70 Prozent gesteigert wurde.

Die Metallarbeiter-Zeitung weist in der Begründung des Antrages des Beirates darauf hin, daß die Organisation auch auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung, der Erwerbs- und Krankenfürsorge Aufgaben zu lösen habe und hebt hervor, daß die Beiträge, die jetzt geleistet werden, erheblich niedriger seien als vor dem Kriege.

Die zweite Generalversammlung des Deutschen Landerbeiterverbandes tagte vom 16. bis 20. Februar in Berlin. Bis zum November 1919 konnte der Deutsche Landerbeiterverband 624935 Mitglieder zählen. Die Tarifpolitik des Verbandes wurde eingehend besprochen.

Der Entwurf zu einem Verbandsstatut wurde nach eingehender Beratung gutgeheißen. Die Vorstandswahlen ergaben die einstimmige Annahme der gemachten Vorschläge der Statutberatungskommission.

7 1/2 Millionen Mitglieder. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, dem gegenwärtig 54 Verbände angehören, hat eine Mitgliederzahl von 7 1/2 Millionen überschritten. Davon entfallen 1.6 Millionen auf den Metallarbeiterverband, 650 000 auf den Landarbeiterverband, 600 000 auf den Fabrikarbeiterverband, 540 000 auf den Transportarbeiterverband, 450 000 auf den Textilarbeiterverband, 430 430 auf den Bauarbeiterverband, 400 000 auf den Bergarbeiterverband, 400 000 auf den Eisenbahnerverband, 370 000 auf den Holzarbeiterverband, 367 000 auf den Angestelltenverband, 269 915 auf den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und 136 000 auf den Schneiderverband.

Zur Gewerkschaftsorganisation in Westpolen. In den von Deutschland nach dem Friedensvertrag an Polen abgetretenen Gebieten ist nach vorausgegangener Verständigung mit dem Vorstand und Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ein »Bund der freien Gewerkschaften Westpolens« mit dem Sitz in Bydgoszcz (Bromberg) gegründet worden. Der Bund gibt ein wesentliches Bild unter dem Titel »Freie Gewerkschaft« heraus. Der Bund soll den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in den abgetretenen Gebieten ihre in den deutschen Verbänden erworbenen Rechte weiter erhalten, insbesondere die Unterstützungseinrichtungen, Tarifverträge und sonstigen Errungenschaften aufrechterhalten und eine leistungsfähige und kraftvolle Gewerkschaftsbewegung schaffen.

Der »Deutsche Buch- und Steindrucker« bringt sein Heft 5 als Messeheft heraus. Das sehr interessante Heft, das sich würdig seinen Vorgängern anschließt, bringt unter anderem eine Übersicht über die Leipziger Frühjahrsmesse 1920.

Audi sonst noch enthält das Heft eine Reihe von Aufsätzen und Abbildungen, die für den strebsamen Berufsarbeiter eine Fülle von Anregungen bieten, weshalb wir allen Kollegen den Buch- und Steindrucker empfehlen können.

Heim-Volkshochschule. Der Volkstaat Reuß hat nach den Vorbildern der Volkshochschulen der nordischen Länder eine Heim-Volkshochschule errichtet, die mit dem 1. März 1920 eröffnet werden soll. Als Lehrfächer sind vorgesehen: Bau und Entwicklung der Erde, ihre tierischen und pflanzlichen Entwicklung; das Menschengeschlecht und sein Werdegang; Heimatkunde und Heimatverständnis; Land und Volk; deutsche Sprache und ihre bedeutendsten Schriftwerke; Kunst und Geschichtsbildung; die geographischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen der weltpolitischen Entwicklung; Entwicklungsstadien der menschlichen Kultur; Wirtschafts- und Gesellschaftslehre; Sozialpolitik; Bürgerlehre; theoretischer und praktischer Sozialismus.

oder Klassenschule. Sie will Wissen vermitteln, nicht um reich an gelehrten Kenntnissen zu machen, sondern um Verstand und Urteil zu schulen, um zu geistiger Selbstständigkeit zu erziehen.

Aufgenommen werden Männer und Frauen vom 18. Jahre an. Die Schüler zahlen ein Schulgeld von 15 Mk. für den Monat, welche in 3 Raten bezahlt werden können. Das Kost und Wohnungsgeld beträgt für den Monat 60 Mk. Die Dauer eines Kurses beträgt für Männer 5, für Frauen 3 Monate.

Alle Zuschriften sind zu richten an die Leitung der Heim-Volkshochschule Gera-Tinz.

Die Volkshochschule Saalfeld eröffnete am 4. Februar ihren dritten Lehrgang durch einen Hans Sachs-Abend, der sich eines guten Besuchs erfreute. Nach einem einleitenden Vortrag des Herrn Prof. Dr. Jung über das Leben des Schuhmachers und Poeten kamen durch Herrn Meyer Durst, seine Frau und seine Schwägerin die zwei Fastnachts-spiele »Frau Wahrheit will niemand beherbergen« und »Das heiß' Eisen« sehr gut zur Aufführung. Die Spieler konnten an diesem Abend zugleich ein seltenes Jubiläum feiern: sieft 25 Jahren tragen sie durch die Darbietung der Hans Sachs-Spiele in Saalfeld und anderen Orten Thüringens zur Veredlung der Volkserhaltung bei.

Vierte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Auf Einladung des Bundesausschusses hielt der Reichswirtschaftsminister R. Schmidt einen Vortrag über unsere gegenwärtige Wirtschaftslage. Er legte die Umstände dar, die die Regierung zur Festsetzung von Mindestpreisen für Getreide und Kartoffeln veranlaßten und schilderte die Schwierigkeiten, mit denen unsere Lebensmittelversorgung fortgesetzt zu kämpfen habe. Die neuen Preiserhöhungen würden natürlich auch andere Preiserhöhungen nach sich ziehen und zu weiteren Lohnerhöhungen nötigen. Eine automatische Lohnregelung sei in dieser Situation sehr erwünscht. Die allgemeine Wirtschaftslage sei abhängig von der Beschaffung von Kohlen und Rohstoffen. Die Vereinbarungen mit den Bergarbeiterverbänden haben eine erhöhte Kohlenförderung sichergestellt. Die Ausdehnung des Kohlenbergbaus werde durch Herstellung neuer Wohnungen kräftig gefördert. Die Einfuhr ausländischer Rohstoffe litte unter der schlechten Wauia. Doch seien Schritte unternommen, um Rohstoffe gegen Wiederausfuhr ihres Wertes in Fertigwaren einzuführen. Die Ausfuhr werde nach Kräften gefördert. Um eine Auskaufung Deutschlands zu niedrigen Preisen zu verhindern, seien im Einvernehmen mit der Zentralarbeitsgemeinschaft Außenhandelsstellen errichtet worden, die eine strenge Kontrolle der Preise ausüben. Die Einfuhr überflüssiger Luxuswaren sei zu verhindern, gestalte sich aber wegen des Lods im Westen höchst schwierig. Doch sei ein Gesetz gegen unbefugte Einfuhr in Vorbereitung. Die Gesamtlage sei gewiß furchtbar. Doch habe er noch das Vertrauen zur Kraft des deutschen Volkes, sich aus seinem Elend wieder herauszuarbeiten.

Eine Aussprache über diesen Vortrag fand am vierten Konferenztag statt. Wissell fand die Darlegungen des Ministers zu optimistisch und erhob gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie kramphast an der Zwangswirtschaft festhält und versäumt habe, rechtzeitig durch Organisation der Erzeuger und Verbraucher die Verhältnisse umzugestalten. Ohne Planwirtschaft trieben wir rettungslos der Katastrophe entgegen. Für die Lederwirtschaft verteidigte Mahler die Freigabe, die der Industrie Rohstoffe und Aufträge und den Arbeitern Arbeit und Verdienst verschafft habe. Hensel forderte eine Freigabe der Fleischversorgung, da die Schwarzschlächterei überhandnehme. Er wies auf eine bezüglliche Eingabe des Fleischerverbandes hin. Tarnow behandelte die Mißstände in der Holzversorgung, die einer strengen Regelung bedürften, und verlangte die Einziehung eines möglichst hohen Anteils der Valutagewinne. Tnomas polemisierte gegen die Freigabe der Lederwirtschaft, die auch durch Blum (Sattler) verteidigt wurde. Über die Textilwirtschaft sprach Jäckel, über die Ausfuhrregelung Cohen. Der Wirtschaftsminister Schmidt ging in längeren Ausführungen auf die erhobenen Klagen und Vorwürfe ein. Er schilderte die Widerstände, die dem Reichswirtschaftsministerium nicht bloß von den Erzeugern und Verbrauchern, sondern auch von Behörden und sogar von den Gliedstaaten gemacht würden, und gegen die er einen aufreißenden Kampf führen müsse. Im Gegensatz zu Wissell beharrte er auf dem Standpunkt, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage nicht ein Organisationsproblem, sondern eine Frage der Kohlen und Rohstoffbeschaffung sei. Nur praktische Politik bringe die Wirtschaft wieder in Gang, wie eine Reihe von Industrien erkennen lassen. Wissell vertrat demgegenüber erneut die Notwendigkeit einer planmäßigen Organisation aller Wirtschaftsbeteiligten.

Der Bundesausschuß ließ es bei dieser Aussprache bewenden in der Überzeugung, daß eine Resolution die Schwierigkeiten nicht beheben könne.

Die oberdeutschen Genossen haben seit Eintritt der Besetzung ihres Gebietes durch die Entenmächte ein deutsches Gewerkschaftsblatt ins Leben gerufen, um auch bei Ausschluß der deutschen Gewerkschaftsblätter ihre gewerkschaftlichen Interessen ausreichend wahren zu können. Der Bundesausschuß erklärte sein Einverständnis mit diesem Vorgehen und beauftragte den Bundesvorstand, die nötigen Mittel für das Blatt zur Verfügung zu stellen.

Die passive Resistenz hatte auf dem vorjährigen Schiffszimmererverbandstag zu längeren Auseinandersetzungen geführt und war bei dem Bundesausschuß anhängig gemacht worden. Es waren große Ausschreitungen gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze zur Kenntnis gebracht worden, die allgemein mißbilligt wurden. Eine vom Bundesvorstand zu dieser Angelegenheit vorgelegte Resolution wurde nach stattgefundenem Aussprache als erledigt betrachtet und zurückgezogen.

Der Ausschuß hielt es für erforderlich, daß in Weiterführung der Arbeiten der Kommission zur Prüfung der Lehrlingsfrage die Regierung ersucht wird, eine Notverordnung zur Regelung der Lehrlingsverhältnisse zu bringen.

Auf Antrag eines Verbandsvorstandes wurde die Art der Beitragsanrechnung bei Übertritten von einer Organisation zur anderen infolge Berufswechsels besprochen. Die Angelegenheit wurde bis zur nächsten Ausschusssitzung zurückgestellt, damit zunächst die Vorstände darüber beraten und Vorschläge zu einer einheitlichen Regelung bringen können.

Angeregt wurde, einheitliche Mitgliedsbücher für alle dem Bund angeschlossenen Verbände zu schaffen, sowie die Mitgliedsbücher der Übertretenden aufzubewahren zur Wiederbenutzung bei einem etwaigen späteren Rücktritt in die alte Organisation.

Beschlossen wurde gegen 2 Stimmen, das Vertragsverhältnis der dem Bund angeschlossenen Verbände für Übertritte beim Berufswechsel auch auf das Verhältnis zu den der »Afa« angeschlossenen Angestelltenverbänden zu übertragen.

Mit der Neugestaltung des Verhältnisses zu den der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände angeschlossenen Organisationen soll sich eine vom Bundesvorstand einzusetzende Kommission befassen.

Der Ortsausschuß Gera hat den Ausschuß ersucht, die Frage der Bezahlung von Wochenfeiertagen, bzw. deren Beseitigung zu prüfen. Das letztere wird abgelehnt. Eine einheitliche Auffassung ist in der Frage der Bezahlung der Wochenfeiertage unter den Vorständen nicht vorhanden. Die Mehrzahl der Vertreter ist der Meinung, daß die Bezahlung angestrebt werden soll.

Eine Beschwerde des Fabrikarbeiterverbandes gegen die Unterstützung von nicht genehmigten Streiks wurde durch einstimmige Annahme des folgenden Beschlusses erledigt:

»Die Ortsausschüsse werden erneut auf die Satzungen des A. D. G. B. hingewiesen, in deren § 58 es heißt:

»Den Ortsausschüssen ist es nicht gestattet, selbständig in die Aufgaben der Zentralverbände einzugreifen, insbesondere nicht in das Gebiet der Lohnbewegungen. Die Beschlußfassung über Streiks unterliegt nicht der Zuständigkeit der Ortsausschüsse.«

Mit Rücksicht auf Vorkommnisse in den letzten Monaten beschließt der Bundesausschuß: »Lohnbewegungen und Streiks, die über die Köpfe der zentralen Instanzen hinweg von den Ortsausschüssen angefaßt werden, sind in keinem Falle zu unterstützen. Die Gewerkschaften verpflichten sich gegenseitig, diesen Beschluß unter allen Umständen durchzuführen, um zu verhindern, daß die Tarifvertragspolitik der Verbände durchkreuzt wird.«

Auf Antrag des Angestelltenausschusses beim Bundesvorstand hatte die Gehaltskommission sich mit der Frage der Gewährung weiterer Teuerungszulagen und einiger Versetzungen in eine höhere Gehaltsklasse zu befassen. Die Vorschläge der Kommission wurden einstimmig angenommen. Dabei sprach der Bundesausschuß den Wunsch aus, daß auch seitens der angeschlossenen Gewerkschaften die Gehälter der Angestellten den Teuerungsverhältnissen entsprechend aufgebessert werden, da die Übersicht über die in den Gewerkschaften gezahlten Gehälter erkennen lassen, daß in manchen Gewerkschaften die Gehälter doch noch recht zurückstehen.

Hinsichtlich der Arbeitslosenfürsorge für Kurzarbeiter soll erneut mit dem Reichsarbeitsministerium verhandelt werden, eine beschleunigte Regelung auf der Grundlage herbeizuführen, daß der Ausfall vom Reich, vom Arbeitgeber und von dem betroffenen Arbeitnehmer zu gleichen Teilen getragen werde.

Für Zuschüsse zur Unterstützung von Volkshochschulbestrebungen wurde dem Bundesvorstand eine Summe von 10.000 Mk. zur Verfügung gestellt.

Dem Anschluß des Verbandes der Köche (Sitz Berlin, 6000 Mitglieder) an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wurde zugestimmt. Weitere Anschlußbeiträge wurden zurückgestellt.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund umfaßt gegenwärtig in 54 Organisationen über 7,5 Millionen Mitglieder.

## Gleitende Beiträge.

Das ständige Steigen aller Warenpreise, herausgewachsen aus dem Mangel an Waren, hat das gesamte Wirtschaftsleben ständig in Atem gehalten. Kein Tag ist seit Kriegsschluß vergangen, an dem nicht durch Steigen irgend eines Warenpreises die Grundlage jeglicher Berechnung über den Haufen geworfen wurde. Allgemeine Unruhe und Unsicherheit haben im Handel Erscheinungen emporgewachsen lassen, die begreifen jedes Vertrauen zu untergraben und weiteren Preissteigerungen Tor und Tür zu öffnen.

Die ganze Last dieser ununterbrochenen Preissteigerungen drückt naturgemäß die Arbeiterschaft am meisten. Schon vor dem Kriege wurde in unzähligen Malen festgestellt, daß immer erst die Preise steigen und viel später, meist erst nach und nach, die Löhne hinterher kommen. Wenn in der Zeit vor dem Kriege dieser Tatsache nicht die ganze Schwere des Gewichtes beigelegt wurde, so deshalb, weil diese Preissteigerungen in einer Weise vor sich gingen, daß sie nicht an den Grundlagen der Existenz rüttelten.

Ganz anders liegen die Dinge heute. Zwar hinken die Lohnerhöhungen auch heute noch hinter den gestiegenen Lebens- und Existenzmittelpreisen nach, aber das wesentlichste ist, wenigstens für die Arbeiterschaft, daß die Grundlage der Existenz nicht vorhanden ist. Noch nie hat die Höhe des Lohnes als Ausdrucksmittel der täglichen Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft die Grundlage der Existenz bestimmt, sondern die Kaufkraft, die diesem Lohne in Geldform inne wohnte. Deshalb wird auch das jetzt so stark besprochene Problem der gleitenden Lohnskala nicht die Nöte von der Arbeiterschaft nehmen, die sie so hart bedrücken. Die gleitende Lohnskala mag die schwersten Härten der gegenwärtigen Zeit mildern, mag eine schnellere Anpassung der Löhne an die Preise zur Folge haben, aber die Ursache der gegenwärtigen Not, die die Arbeiterschaft als den am schwersten leidenden Teil fast zu Boden drückt, den Warenmangel und den Warenhunger zu beseitigen, ist sie nicht in der Lage.

Doch die Mängel der gleitenden Lohnskala sind nicht Gegenstand der Untersuchung. Aber die Ursachen, die das Problem der gleitenden Lohnskala zu Diskussion gestellt haben, sind zugleich die Ursachen für die Beitragserhöhungen, die in den einzelnen Berufsorganisationen entweder schon durchgeführt sind, oder gegenwärtig zur Verhandlung stehen. Die Steigerung aller Warenpreise zwingt auch die Gewerkschaften, ihre Einnahmen diesen Warenpreisen anzupassen, sollen nicht wichtige Gebiete der bisherigen Tätigkeit unbearbeitet bleiben. Nun liegen doch aber die Dinge so, daß die neue Zeit auch den Gewerkschaften eine Reihe neuer Aufgaben zur Lösung gestellt und daß die Gewerkschaften auch diesen neuen Aufgaben gegenüber voll und ganz gerecht werden müssen.

Aber wenn schon zur Lösung der bisherigen Aufgaben infolge der fortwährenden Preissteigerung den Gewerkschaften die nötigen Mittel fehlen, dann dürften die Aufgaben der neuen Zeit ihrer Erfüllung noch lange harren. Jedoch kein gewerkschaftlich geschulter Arbeiter gibt dazu seine Zustimmung. Im Gegenteil wird er immer wieder mit Nachdruck betonen, daß alle Kraft einzusetzen ist, der neuen Zeit gerecht zu werden. Auf der Suche, dann auch die notwendigen Mittel aufzubringen, hat man auf das Problem der gleitenden Lohnskala zurückgegriffen und empfiehlt gleitende Beiträge.

Am stärksten ist die Forderung der gleitenden Beiträge im Holzarbeiterverbande verfochten worden, und dort auch bis zu einem gewissen Grade zur Durchführung gekommen. Angeregt durch die finanzielle Lage des Verbandes und ausgehend von der Tatsache, daß vor dem Kriege 1 bis 1 1/2 Stundenlohn pro Woche von jedem Mitglied für seine Interessenvertretung geopfert wurde, hält man als berechtigtes Verlangen, daß auch in der Jetztzeit wenigstens ein Stundenlohn pro Mitglied und Woche für den Verband als einzige wirksame Interessenvertretung als Beitrag geleistet wird. Die einzelne Mitgliedschaft bestimmt je nach der Höhe des örtlichen Stundenlohns, welche Beitragsklasse für die Mitglieder am Orte maßgebend ist.

Die Vorteile einer solchen elastischen Beitragszahlung sind sicherlich nicht von der Hand zu weisen; sie setzen aber voraus, daß das Prinzip der Staffelbeiträge anerkannt und zur Durchführung gebracht ist. Denn es handelt sich dabei nicht allein um die Festsatzung der Höhe der Beiträge, sondern auch um die Festsatzung der Ansprüche, welche das Mitglied auf Grund seiner geleisteten Beiträge geltend machen kann.

Alle Aussprachen über Staffelbeiträge haben in unserm Verband bisher mit dem Ergebnis geendet, daß man ohne weiteres von einer glatten Abiehnung gestaffelter Beiträge reden kann. Es dürfte auch jetzt für solche Dinge keine Neigung vorhanden sein, wo die Spannung zwischen den einzelnen Städten im Lohn geringer ist als früher.

Es heißen sich noch eine ganze Reihe von Gründen anführen, die es nicht als geeignet erscheinen lassen, gleitenden Beiträgen das Wort zu reden. Aber unverrückbar muß festgehalten werden: daß ein Stundenlohn das Mindestmaß für

die Höhe des Verbandsbeitrages sein muß. Auch wir haben vor dem Kriege unserem Verbandsweit größeres Entgegenkommen gezeigt, und die Früchte dafür auch geerntet. Trotz allen damaligen Klagen der Kollegenschaft galten die graphischen Arbeiter als die Pioniere der Gewerkschaftsbewegung, und ihre Einrichtungen und ihre Erfolge waren vielfach richtunggebend für die übrige Arbeiterschaft.

Ganz ohne Zweifel hat die neuere Entwicklung die graphischen Arbeiter aus dieser Führerstellung gedrängt. Die Ursachen sind so vielfältiger Natur, daß es zu weit führen würde, sie in diesem Rahmen zu erörtern. So bedauerlich diese Tatsache auch ist, so muß sie für uns die Quelle jener Kraft sein, die im Stande ist, all die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die uns heute noch entgegenstehen.

Die vorgeschlagene Beitragserhöhung ist als der erste Schritt zu betrachten, diese Hindernisse zu beseitigen. Je einmütiger der Wille der Kollegenschaft bekundet wird, den Verband nach Möglichkeit zu stärken, je einmütiger der Antrag des Verbandsvorstandes von den Kollegen unterstützt wird, um so stärker wird die Kraft des Verbandes sein. Man täusche sich nicht über solche Dinge!

Eins müßte vor allen Dingen aber bei dieser Gelegenheit von der Gesamtkollegenschaft bekundet werden, und zwar, daß sie jederzeit bereit ist, jede Woche den Verdienst einer Stunde für die Vertretung ihrer Interessen, für ihre Organisation zur Verfügung zu stellen.

**Allgemeines.**  
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

## Zur Urabstimmung.

Zu der Ausschreibung des Hauptvorstandes einige Bemerkungen. Erhöhung des wöchentlichen Beitrags von zwei auf drei Mark. Der Magdeburger Verbandsstag gab dem Hauptvorstand das Recht, bei weiterer Veränderung der Verhältnisse eine Regelung der Verbandsbeiträge herbeizuführen. Wie sieht nun diese Regelung aus. Eine Anzahl Delegierter war der Meinung, die Krankenunterstützung zu erhöhen. Der Wunsch des Hauptvorstandes ist nun, fast sämtliche Unterstützungsweize zu erhöhen. Ich will nun nicht gegen die Beitragserhöhung an sich sprechen, im Gegenteil, ich schließe mich den Gedanken des Redakteurs an, wir brauchen Geld in unseren Julisturm. Wogegen ich mich wende, ist die Erhöhung der Unterstützungsweize. Ich greife den Gedanken heraus, wo der Redakteur auf folgende Punkte hinweist. Die Schuldenlast von 1911/12 muß getilgt werden. Das große Arbeitslosenheer verursacht immer größere Summen. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß Zeiten härter und schneller kommen können, als wir uns vorstellen im wirtschaftlichen Kampfe. Wir brauchen Geld und abermals Geld um allen Eventualitäten gegenüber gewappnet zu sein. Außerdem versündigt durch die steigenden Preise unsere Graphische Presse als geistige Stütze und Bindeglied der Kollegenschaft immer höhere Summen. Wohin man sieht, immer größere Ausgaben. Ich glaube also alles dies sind gravierende Punkte, welche eine Erhöhung des Beitrages rechtfertigen. Der Verbandsvorstand will nun die Sache schmachhaft machen und gibt auf fast allen Gebieten der Unterstützung eine kleine Beigabe, darunter die Krankenunterstützung von 9 auf 15 Mark. Stellt man dann die neuen Ausgaben in Rechnung zur Einnahme, so bleibt für den Julisturm nicht viel übrig. Ich glaube wir müssen mit oder aus der Zeit gelernt haben, daß wir eigentlich eine Kampforganisation sind zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse und unser Augenmerk mehr auf dieses, als auf das Unterstützungswezen legen. Gerade die Krankenunterstützung ist Aufgabe anderer Faktoren als der Gewerkschaft. Der Staat als solcher ist in erster Linie verpflichtet. Einrichtungen zu schaffen, das der Arbeiter seine Arbeitskraft so lange wie möglich behält. Hat der Arbeiter im Interesse seiner Kollegenschaft seine Gesundheit ruiniert oder nicht? Ich glaube diese Frage beantwortet sich von selbst. Nicht wir als Organisation haben die Pflicht dem kranken Kollegen seine Gesundheit wieder herzustellen, sondern diejenigen, für die er seine Kraft und Gesundheit opfern mußte. Unsere Hauptaufgabe als Organisation ist doch die, uns vor Ausbeutung und vorzeitigem Sichte zu schützen. Hier liegt der Hauptpunkt, wo wir den Hebel ansetzen müssen. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen schaffen, Sorge tragen, daß die Verhältnisse immer bessere werden, (Verringerung des Arbeitslosenheeres). Und hierzu gehört Geld, Geld und wieder Geld. Also sorgen wir für einen gesunden Kampffond um allen Eventualitäten gewappnet zu sein, aber geben wir das Geld nicht zu weiterem Ausbau des Unterstützungswezens.

Lehnen wir daher diese Ausschreibung des Hauptvorstandes ab und veranlassen wir den Hauptvorstand eine neue Ausschreibung vorzunehmen, aber nur zu dem Zweck, den Mehrbetrag für



nicht zur Verwendung von Unterstützungseinrichtungen zu verwenden, sondern als Kampffond. Ich rufe daher den Kollegen den Satz aus dem Artikel aus Nr. 9 der »Graphischen Presse« zu: Zum Kampf gehört Geld, Geld und nochmals Geld und wer erst beginnt während des Kampfes für Manition zu sorgen, der ist schon geslagen.

Lehnen wir also diese Vorlage ab so glaube ich zum Wohle aller Kollegen vorgearbeitet zu haben.

Den Mitgliedern, die sich um die Verhältnisse kümmern und nicht lediglich gute oder schlechte Beitragszahler sind, wird der Antrag des Verbandsvorstandes, den Beitrag von 2,— auf 3,— Mk. zu erhöhen, keine Überraschung gebracht haben. Viel eher könnte die Frage auftauchen, ob mit diesem Beitrag die ins unermeßliche gestiegenen Aufgaben des Verbandes auf längere Zeit erfüllt werden können. Das muß der Verbandsvorstand erweisen, und da von ihm ein weitgehender Antrag nicht vorliegt, kann angenommen werden, daß wir bei gleichbleibenden Verhältnissen mit dem vorgeschlagenen Beitrag auskommen.

Was kennzeichnet den Vorschlag des Verbandsvorstandes? Die Frage läßt sich kurz dahin beantworten: Neben unumgänglicher Erhöhung einiger Unterstützungen die Stärkung der Mittel für gewerkschaftliche Zwecke. Ein Blick auf die Verteilung des Beitrages für die einzelnen Einrichtungen bestätigt diese Ansicht.

Dabei wird in bestimmten Kreisen der Mitglieder sofort die Frage auftauchen, ob eine Erhöhung der Unterstützungen überhaupt notwendig oder vielmehr angebracht sei. Ein Teil dieser Verneiner will alle Mittel für den Kampf aufgespeichert wissen und wäre wohl bereit, noch höhere Beitragslasten zu übernehmen; er sieht die Menschen nur wie sie sein sollten, aber nicht wie sie sind und verliert dadurch den Boden unter den Füßen. Der andere Teil, der Absageerteilenden, handelt aus egoistischen Gründen; es mangelt ihm solidarischen Empfinden, er glaubt selbst nicht in die Lage zu kommen, die Hilfe der anderen in Anspruch nehmen zu müssen und versagt deshalb auch seine Hilfe den anderen. Und endlich wird ein anderer Teil aus Mangel an Erfahrungen und in kurzsichtiger Bemessung dessen, was heute ist, für kommende Fälle nichts tun wollen. Diese Kollegen müssen sich erneut ernstlich prüfen und bedenken, daß der Einzelwille sich wohl durchzusetzen versuchen kann, daß es aber sträfliches Beginnen ist, das kollektive Auftreten der Gesamtheit dadurch zu stören. Gerade auf diesem Gebiete hat sich in letzter Zeit sehr betriebsreiches ereignet. Darum ihr die es angeht, die ihr im ganzen ein wunderbares Gemisch von Idealismus und Egoismus seid, stellt euch auf realen Boden.

Der Mehrzahl der Mitglieder wird die wesentlich erhöhte Krankenunterstützung ein willkommenes Zusatzen im Bedarfsfalle sein. In der Tat ist es so, daß das Einkommen im Krankheitsfall wegen seiner Geringfügigkeit den einzelnen und noch mehr die Familie in kurzer Zeit völlig ruinieren kann. Es ist nicht so wie manche schnell ihr Urteil bildende Kollegen sagen, daß es ganz gleich sei, ob in solchen Fällen das Einkommen ein paar Mark höher sei, da es doch nicht reiche. Solche Kollegen wissen gar nicht, wie sie sich durch solche Urteile mit ihrem begreiflichen Streben nach Erhöhung der Löhne selbst Lügen strafen. Es ist ein Unterschied darin, ob die Familie die Woche zwei Brote kaufen kann oder nicht. Deshalb wird sich von solchen Phrasen kein ernsthafter Mensch betören lassen. Eine erhöhte Krankenunterstützung bietet auch eher die Möglichkeit rechtzeitigen Ausspannens, während jetzt bis zum völligen Zusammenbrechen gearbeitet werden muß und dadurch der Gesundheitsprozeß verlangsamt wird.

Die Erhöhung der übrigen Unterstützungen darf wohl als Ausgleich angesehen werden.

Wichtiger als die mit der Beitragserhöhung verbundenen Erhöhungen der Unterstützungen muß die Stärkung der Gewerkschaftskasse erscheinen. Wenn wir gar nicht wissen, was uns vielleicht schon die nächste Zeit bringt, so wissen wir doch, daß Bereitsein alles heißt.

Die mit 35 Pfg. die Woche vorgeschlagene weitere Stärkung der Gewerkschaftskasse würde dieser insgesamt jährlich etwa dreiviertel Millionen Mark zuführen, während die übrigen Unterstützungseinrichtungen sich selbst tragen würden. Der für die Invaliden- und Witwenkasse angelegte Fonds wird dieser Stabilität verleihen und eine große Sorge vom Verband nehmen.

Eins aber sollte der Verbandsvorstand bei Berechnung der Rentabilität tun: Die Verwaltungsausgaben von den für gewerkschaftliche Zwecke erhobenen Beiträgen zu decken. Wenn dieses bei der Einheitskasse auch nur rechnungsmäßig geschehen kann und die Beitragsgliederung nur zur Errechnung der Tragfähigkeit der einzelnen Einrichtungen dient, so entspräche ein solches Verfahren doch der Gerechtigkeit.

Jeder Funktionär weiß, daß die Unterstützungseinrichtungen die meiste Verwaltungsarbeit verursachen. Es ließe sich also auch rechtfertigen, im vorgeschlagenen Sinne zu verfahren.

Zusammengenommen darf behauptet werden, daß der Verbandsvorstand mit seinen Vorschlägen das richtige getroffen hat. Deshalb sollten alle

Mitglieder ihre doch oft recht kleinteiligen Bedenken zurückstellen und in der Urabstimmung mit »ja« stimmen.

**Ortsberichte.**

**Dresden.** Am 19. Februar fand eine Versammlung der Vertrauensmänner und Arbeiteraussschußmitglieder aller Filialen mit dem Thema »Das revolutionäre Betriebsrätesystem« statt.

Der Referent Lehrer Wekel betonte eingangs seines Vortrags, daß er nicht als Parteimann spreche, sondern die Sache nur vom reinen Arbeiterstandpunkt aus behandeln werde.

Die Revolution habe politisch und wirtschaftlich nicht das gebracht, was die Arbeiterklasse erwartet habe. Im Gegenteil habe sich nach und nach der alte Obrigkeitsstaat wieder eingependelt; nur die obersten Spitzen der verschiedenen S. M. fehlten. Der Parlamentarismus in alter Form sei wieder am Ruder. Die Gesetze würden vielfach ohne Sachkenntnis am grünen Tisch fabriziert. Die Parlamente mit ihren langen Legislaturperioden sind oft nicht mehr der richtige Gradmesser für die Volksstimmung. Der Parlamentarismus bringt den Parteistaat mit sich, und die Abgeordneten seien mehr Politiker

Volkswille geworden ist. Dann ist auch der Weg frei zur Übernahme der Produktionsmittel in das Eigentum der Allgemeinheit. Die Erreichung dieses Zieles sei natürlich nur möglich bei Eroberung der politischen Macht. Aber eins bedinge das andere. Die Arbeiterschaft muß sich vorbereiten, um allen Situationen gewachsen zu sein, denn bereit sein ist alles. In diesem Sinne zu arbeiten sei Aufgabe und Pflicht der revolutionären Betriebsräte.

Allgemeiner Beifall lohnte den Redner für seine klaren, vorrührenden Ausführungen. Er konnte leider der nun einsetzenden Aussprache nicht beiwohnen, da er noch anderweitig verpflichtet war. Über die Aussprache ausführlich zu berichten würde zu weit führen, es sei nur bemerkt, daß hier, wie wohl fast überall, die Meinungen noch verschieden sind und deshalb noch der Klärung bedürfen. Da es aber außer Zweifel ist, daß jeder Kollege das beste für die Gewerkschaft und für die allgemeine Arbeiterbewegung will, so ist, wie auch der Referent ausführte, feststehend, daß die wirtschaftliche und auch die politische Entwicklung den Gewerkschaften sowie der allgemeinen Arbeiterbewegung zwingend die Wege weisen wird zu einer Einheitsfront gegen Reaktion und Kapitalismus.

**Dresden, Graphisches Kartell.** Das Graphische Kartell Dresden hielt am 23. Februar eine Versammlung aller graphischen Berufe ab, um die Mitglieder mit dem Betriebsrätegesetz vertraut zu machen. Der Referent, Genosse Sekretär Schultz, beleuchtete die einzelnen Bestimmungen und Bestandteile des Gesetzes. Das Moment der Verhandlungen, das bei den Gewerkschaften schon immer in den Vordergrund gestellt worden sei, komme auch in diesem Gesetz zur vollen Geltung. Doch sei dabei zu betonen, daß der Betriebsrat sich stets als die Vertretung der Arbeitnehmer, nicht der Arbeitgeberinteressen zu fühlen und zu betätigen habe. Es sei nicht als seine Aufgabe zu betrachten, den Wirtschaftsfrieden um jeden Preis aufrecht zu erhalten. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten müsse vorsichtig verfahren und ausgewählt werden, damit das Gesetz den Arbeitnehmern auch wirklich zum Vorteil gereiche.

In der Debatte traten die Gegensätze im Lager der Arbeiterbewegung mehr oder weniger scharf zutage, obwohl es im Interesse einer geschlossenen gewerkschaftlichen Kampffront geboten erscheint, mehr das Gemeinsame zu betonen, als Parteipolitik in die Gewerkschaftsbewegung zu tragen.

**Gotha.** Auf Veranlassung des Vorstandes vom graphischen Kartell hielt die hiesige Zahlstelle am 21. Februar im Restaurant »Mönchshof« ihre erste Versammlung nach dem Kriege ab, zu der Gauleiter Kollege Karl Herbst, Leipzig geladen war. Der Vorsitzende des graphischen Kartells, Kollege Zimmermann eröffnete die Versammlung und hieß die erschienenen Kollegen sowie den Gauleiter willkommen. Als Schriftführer wurde Kollege Herde gewählt. Sodann berichtete Kollege Zimmermann kurz über das Zustandekommen dieser Versammlung und einige örtliche Angelegenheiten. Darauf erteilt er dem Gauleiter Kollege Herbst das Wort zu einem längeren Vortrag. Der Referent beginnt seine Ausführungen mit der allgemeinen Arbeiterbewegung, kommt dann auf die Errungenschaften unseres Verbandes zu sprechen und erwähnt, daß auf der letzten Generalversammlung das Fest des dreißigjährigen Bestehens des Verbandes gefeiert worden ist. Er greift zurück auf die 1907 erfolgte Verschmelzung des alten Senefelderbundes, streift den Streik 1906, schildert die Wirkungen, die die Annahme des Zolltarifs 1908 auf unsern Verband ausgeübt hat und erwähnt den großen Streik 1911—12. Redner schildert darauf die Arbeitslosigkeit vor dem Kriege und die große Umwälzung, die nach der Revolution eingetreten ist. Das letzte große Werk des Verbandes sei der Abschluß des Tarifvertrages, der bereits dem Reichsarbeitsamt vorgelegt ist, um Rechtsgültigkeit zu erhalten. Weiter erwähnt er noch die Stellung, die unser Verband zum graphischen Industrieverband einnimmt, dessen vorläufige Zwischenstufe die graphischen Kartelle seien, die schon großes geleistet haben. Der Verband hat alles getan, um zu erreichen, was durch die Errungenschaft der Revolution zu erreichen war. Am Schluß seines Vortrages erwähnt Kollege Herbst noch das Betriebsrätegesetz und die Nutzenanwendung dieses Gesetzes, worauf er mit den Worten Wilhelm Tell's: »Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern« seinen einstündigen Vortrag schloß.

Der Vorsitzende vom graphischen Kartell geht sodann auf das Kartell ein, das im November 1919 gegründet und bereits mit Erfolg tätig war. So sei die Zahl der organisierten Hilfsarbeiter durch die Tätigkeit des Kartells von 15 auf 55 gestiegen. Auf Veranlassung des Kartells hat auch eine Betriebsversammlung von Just. Perthes stattgefunden, bei der Mitglieder für den Verband gewonnen wurden. Eine gutbesuchte graphische Versammlung ist einberufen worden, in der u. a. ein Vortrag über die Notwendigkeit und Ziele der Arbeiterhochschule gehalten wurde. Ein Buchführungskursus ist gebildet worden, der eine große Beteiligung aufzuweisen hat. Gauleiter Kollege Herbst erklärt hierauf, daß das hiesige Kartell gut gearbeitet habe und empfiehlt, tüchtige Betriebsräte zu wählen. Darauf wird zur Vorstandswahl geschritten. Kollege Dietrich dankt dann im Namen der Kollegen

**Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker**  
Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 73, III.

**Beschlüsse des Tarifamts f. j. Deutschl. Chemigr. u. Kupferdrucker**  
gefäßt in der Sitzung vom 10. März 1920.

**Teuerungszulage.**  
An neuen Teuerungszulagen werden bewilligt:

- Gehilfen unter 21 Jahren Mk. 25.—
- Gehilfen unter 24 Jahren Mk. 30.—
- Gehilfen über 24 Jahre Mk. 35.—

Diese Teuerungszulagen sind erstmalig zahlbar am **Lohntag »Freitag, den 26. März 1920«.**

Die Gehilfen der Städte **Cöln** und **Düsseldorf** erhalten die vorstehenden Teuerungszulagen erst, nachdem sie die durch den Schiedsspruch für Cöln und Düsseldorf festgesetzte Arbeitszeit erfüllen.

Vorstehende Vereinbarungen sind am 1. und 15. jeden Monats mit 14 tägiger Frist, erstmalig am 15. April 1920, kündbar.

Vom gleichen Zeitpunkt ab erhalten die Lehrlinge, der allgemeinen Teuerung Rechnung tragend, vorläufig folgende Kostgeldsätze:

- Im 1. Jahre . . . . . Mk. 12.— wöchentl.
- Im 2. Jahre . . . . . Mk. 18.— wöchentl.
- Im 3. Jahre . . . . . Mk. 24.— wöchentl.
- Im 4. Jahre mindestens Mk. 30.— wöchentl.

**Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker**

Albert Frisch, Prinzipalvorsitzender,  
Albert Hehr, Gehilfenvorsitzender,  
Rich. Köhler, Geschäftsführer.

als Volkswirtschaftler. Es muß eine Vertretung erstrebt werden, in der wirtschaftliche und Berufsverhältnisse Einfluß haben, eine Gesetzgebung, die individualistisch ist und nicht solche Gesetzgebungsmaschinen wie die heutigen Parlamente. Auch wirtschaftlich ist seit der Revolution eine Rückentwicklung zu verzeichnen. Das koalierte Unternehmertum hat es verstanden seine Gewaltherrschaft wieder aufzurichten, schlimmer wie in der Vorkriegszeit, denn da wurde gerade von den allerersten Spitzen bei alldreisterner Herausforderung im Staatsinteresse zurückgepfiffen. Das Betriebsrätegesetz mit seinen 106 Paragraphen sei ein Beweis der arbeitereindlichen Gesetzeshanderei. Anstatt den Rätegedanken zu verankern, sei es geschaffen zum Schutze der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise. Diese reine Profitwirtschaft mit der ungehinderten Konjunkturausnützung, die zu fabelhaften Preissteigerungen führt, bringt uns täglich dem Abgrunde näher.

Nur eine kleine Minderheit hat einen Nutzen davon, denn 95 Prozent der Bevölkerung hat kein Interesse an der Privatwirtschaft. Auch bieten die jetzigen Produktionsverhältnisse und der Handel sowie widersinniges, was der Referent an der Hand von Beispielen beweist. Auch der Mangel an Rohstoffen, der wahrscheinlich durch den großen Ausverkauf Deutschlands zur Katastrophe werden wird, zwingt uns zu einer Änderung des Wirtschaftssystems. Eine Planwirtschaft, die auch an den Landesgrenzen nicht Halt machen wird, muß eintreten. Redner schilderte die Vorteile, die von einem solchen Wirtschaftssystem zu erwarten sind. Können die Gewerkschaften ein Mittel mit sein, den Kapitalismus zu beseitigen? Ja, sie können es, wenn die Arbeiter sich klar geworden sind über ihre Stellung zum Kapitalismus, wenn sie sich zu großen Industrieverbänden zusammenschließen, wenn zu gegebenen Momenten ein Zusammengehen aller Arbeiter und Angestellten vorhanden ist, und wenn der Wille zur Macht bei Hand- und Kopfarbeitern so gestärkt und verbreitet ist, daß er

dem Referenten für seinen interessanten Vortrag, worauf die Verammlung vom Kollegen Zimmermann geschlossen wird. F. H.

**Niederschlitz.** Die Monatsversammlung am 18. Februar stand im Zeichen der Lohnfrage. Eine lebhaft Aussprache in dieser Richtung soll hier folgendes wiedergeben. Die immer maßloser sich entwickelnde Preissteigerung veranlaßte den seit langen niedergehaltenen Willen der Kollegen zu den gegenwärtigen Löhnen zum Ausdruck zu bringen. Dazu trug noch wesentlich die letzte Teuerungszulage bei, welche als zu einem Almosen herabgedrückt, anzusehen ist. Die Auffassung vom Luxusgewerbe und seinen bedingten niedrigeren Löhnen kann für uns nicht in Frage kommen, die Gewinne der Unternehmer müssen hier das Urteil zu bilden, maßgebend sein. Die Frage der Maßlosigkeit in Punkto Lohnzahlungen, wie selbe vom Hauptvorstand angezogen wurden, kann nur dahin beantwortet werden, daß unsere Löhne tatsächlich rückständig sind, einer sofortigen Erhöhung bedürfen, um an andere höhere Löhne heran zu kommen und so eine bessere Gewähr für die Existenzmöglichkeit zu bieten. Das Unternehmertum gibt sich stets zeitgemäßer. Lohnaufbesserungen sind, bevor sie den Arbeitnehmer erreichen, schon längst durch einen in mehrfacher Höhe gehaltenen Teuerungszuschlag auf die Erzeugnisse, zu Gunsten fabelhafter Gewinne überholt. Es dürfte nicht schwer zu erkennen sein, wo Maßlosigkeit betrieben wird und wo unser Augenmerk hingelenkt werden muß, um den immer drohenden werdenden Zusammenbruch zu verhindern.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Versammlung protestiert gegen die gänzlich unzureichende Teuerungszulage, welche für eine einzelne Person kaum eine Verbesserung bringt, für eine Familie aber zu einem Nichts sich gestaltet. Wir haben seit 1. Januar keinen Fortschritt zu verzeichnen. Wir fordern die gesamte deutsche Kollegenschaft auf, mit uns dahin zu wirken, daß vom Hauptvorstand und Tarifamt unverzüglich Schritte getan werden, die zu einer günstigeren Umgestaltung der Löhne führen. Diese müssen der fortgesetzten Steigerung der Lebensbedingungen angepaßt sein sowie die Bedingung einer fortgesetzten entsprechenden Revidierung in sich einschließen. Zur Zeit besteht unsere Forderung in einer 100prozentigen Erhöhung der gegenwärtigen Löhne, zur Herbeiführung einer nur auskömmlichen Lebensweise. An eine befriedigende Lösung auf Erneuerung von Kleidung und Wirtschaftsgegenständen kann hiermit noch nicht gedacht werden. Unsere Notlage, hervorgerufen durch die maßlose Teuerung zwingt uns unsere Forderung mit allem Nachdruck zur Durchführung zu bringen und alle Kollegen aufzufordern, den Existenzkampf auf der ganzen Linie energisch aufzunehmen, um uns vor den äußersten Entbehrungen zu schützen. B.

## Die photomech. Fächer.

### Die Lohnverhältnisse im Lichtdruckgewerbe.

III.

Im Anschluß an die beiden vorhergehenden Teile meines Artikels in den Nummern 8 und 9 der »Graphische Presse« will ich heute noch kurz über die Auswirkung der Tarifamtsbeschlüsse vom 2. Dezember 1919 und 28. Januar 1920 berichten und dann mit einigen Angaben von Durchschnittslöhnen bestimmter Orte bzw. Firmen schließen.

An der vom 1. November rückwirkend zu zahlenden Zulage von Mk. 20.— für Farbenkräfte und 15.— Mk. (wovon 5.— Mk. erst am 1. Januar 1920 fällig wurden) für alle im Schwarzlichtdruck Beschäftigten nahmen 435 Kollegen teil. Da insgesamt 7208,15 Mark zur Auszahlung kamen, entfielen im Durchschnitt 16,57 Mk. auf den Kopf. Dieser Durchschnittssatz stieg in den Orten München, Dresden und Berlin auf 17,66 bzw. 17,70 bzw. 18,97 Mk., was einmal der größeren Anzahl von Farbenkräften in diesen Städten, zum anderen aber auch der Initiative des Personals einzelner Firmen zuzuschreiben ist. So gelang es in zwei der größten Berliner Firmen, den Unterschied zwischen Farben- und Schwarzkräften auszuschießen und allen Kollegen gleichmäßig die höhere Zulage von 20.— Mk. zu sichern, während in einer anderen Firma mit vorwiegend Schwarzdruck wenigstens die 15.— Mk. nicht in 2 Raten, sondern auf einem Brett rückwirkend ab 1. November 1919 nachgezahlt wurden. In Dresden aber ist die höhere Quote dem Personal der Firma Kolbe & Schlicht zuzuschreiben, welches mit dem mageren Erfolge von 20.— Mk. nicht zufrieden war und eine durchgängige Erhöhung von 25 Prozent auf alle Löhne durchsetzte. Neben den tariflichen Zulagen wurden in dieser allerdings glänzend beschäftigten Farbenlichtdruckerei dann Anfang Januar weitere 20.— Mk. an Ledige und 25.— Mk. an Verheiratete zur Auszahlung gebracht, wozu noch für jedes Kind eine Erhöhung um 5. Mk. kam. In dieser Firma beträgt denn auch heute der Durchschnittslohn 195,42 Mk. bei einem Höchstlohn von Mk. 260.—, was zwar bei den heutigen Preisen für die Lebensnotwendigkeiten nichts Unerhörtes

darstellt, leider aber dem weitaus größten Teil unserer Kollegenschaft wie ein Märchen klingt. — Aber halten wir eines fest: Die Firma zahlt diese Löhne und produziert trotzdem weiter! — Der Tarifamtsbeschluss vom 28. Januar 1920 über die am 30. Januar 1920 erstmalig zu zahlenden Zulagen von Mk. 25.— bzw. 20.— bzw. 15.— kam 456 Gehilfen mit insgesamt 10986,75 Mk. zugute. Es erhielten:

404 Kollegen je	25.—	Mk.
23	20.—	„
22	15.—	„
und 7	10.—	bis 18,75 Mk.

Die Durchschnittsquote dieser Zulage betrug 24,09 Mk.

Die besonderen Zulagen seit November sind etwas höher als in der vorhergehenden Periode, was einmal auf die schon erwähnten Vorgänge bei Kolbe & Schlicht, zum anderen aber auf die Verletzung der Druckorte Leipzig und Dresden in die Ortsklasse A mit zurückzuführen ist. Im ganzen erhielten 145 Kollegen 1454,45 Mk.

Zur Ergänzung der in Nr. 9 abgedruckten Tabelle diene folgende Aufstellung, aus welcher die Steigerung der Durchschnittslöhne nach Einrechnung der vorbehaltenen Zulagen ersichtlich ist:

Februar 1920		
Kreis:	Beschäftigte:	Durchschnittslohn:
I	125	164,48 Mk.
II	113	151,53 „
III	46	144,61 „
IV	90	152,38 „
V	60	147,23 „
VI	35	162,66 „
VII	40	141,93 „
Insgesamt:	503	152,63 Mk.

Die Zahl der Beschäftigten hat seit November langsam aber stetig weiter zugenommen, obwohl in München und Stuttgart sogar noch einige Kollegen, welche hauptsächlich für Tiefdruck arbeiteten, zu den Chemigraphen übertraten. Ein kleiner Teil der in Zugang gekommenen Gehilfen kehrte allerdings aus der Gefangenschaft zurück und kommt daher deren Einstellung nicht als Gradmesser ansteigerender Geschäftslage in Betracht. Von ganz besonderem Interesse für unsere Kollegen dürfte aber eine kleine Zusammenstellung der Durchschnittslöhne in den wichtigeren Druckorten sein, die hier folgen möge:

München	165,17 Mk.
Berlin	164,48 „
Magdeburg	161,36 „
Dresden	158,73 „
Hamburg	156,27 „
Lübeck	152,91 „
Cöln a. Rh.	152,55 „
Leipzig	144,61 „
Stuttgart mit Eßlingen	140,53 „
Breslau	138,30 „
Meiningen	133,82 „
Halberstadt	132,28 „

Wieviel der Gesamtdurchschnittslohn von 152,63 Mk., der sich aus den Angaben von 486 Kollegen im Reiche ergibt, hinter dem zurückbleibt, was heute die Fristung des nackten Daseins kostet, soll im Rahmen dieser Arbeit unerörtert bleiben. Aufgabe des Tarifamtes muß es sein, dem vom Verbandsvorstand im Einvernehmen mit allen graphischen Verbänden gestellten Anträge, eine abermalige Teuerungszulage und zwar diesmal von Mk. 70.— pro Kopf zu gewähren, weitgehend nachzukommen.

Aber täuschen wir uns nicht über eines. Alle Teuerungszulagen kommen »postfestum« d. h. hinterher, zu spät, und ein süddeutscher Kreisvertreter schrieb anlässlich der letzten Zulage von 25 Mark mit vollem Recht an die Zentralkommission: »Die Kollegen erklärten sich einstimmig mit dem Tarifamtsbeschluss einverstanden, wünschend aber, daß ihr da oben in Berlin euch recht bald wieder auf die Spenderhosen setzt, denn 24,90 Mk. der neuen Zulage sind durch die Teuerung schon wieder aufgeessen!« — Etwas drastisch, aber wahr.

H. A.

### Ortsberichte.

**Leipzig, Lichtdrucker.** In ihrer am 3. März abgehaltenen Versammlung beschäftigten sich die Leipziger Lichtdrucker mit Tarifabänderungsanträgen und mit einer Aussprache über die derzeitigen Lohnverhältnisse. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Kündigung des Tarifes eingereicht worden ist. Da vieles an dem Tarif verbesserungsbedürftig ist, wurden an Hand des Tarifes die einzelnen Paragraphen durchberaten. Absatz A von § II soll künftig lauten: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt ausschließlich der Pausen 46 Stunden. An den Vorabenden von Weihnachten, Ostern und Pfingsten ist die Arbeitszeit eine vierstündige. Zu § III wünschend die Leipziger Kollegen, daß die jetzige Zusammensetzung des Lohnes in Wegfall kommt. Da für absehbare Zeit wohl nicht an ein Abbauen der Löhne zu denken ist, muß der Minimallohn ganz bedeutend erhöht werden. Und zwar soll der jetzige Mindestlohn der einzelnen Städte im Tarif als Grundlohn festgelegt werden. Überstunden sind künftig mit 50 Prozent Aufschlag zu bezahlen und Sonntagsarbeit ist zu verbieten. Die Ferienfrage soll dahingehend geregelt werden, daß bereits

nach einer Beschäftigungsdauer von 1/2 Jahr 3 Tage Ferien gewährt werden. Nach

1 Jahr	sollen 6 Tage
2 „	„ 9 „
3 „	„ 12 „
4 „	„ 15 „
5 „	„ und mehr „ 18 „

Ferien gewährt werden. Bei § 8, Aufkündigung betreffend, soll folgender Passus beigefügt werden: In Firmen wo trotz Aussetzen Kündigungen vorgenommen werden, hat der gekündigte Gehilfe für die Kündigungszeit Anspruch auf vollen Lohn. Der Lehrlingsparagraf gab Anlaß zu einer sehr regen Aussprache, ist doch die Lehrlingsfrage so recht eine Leipziger Frage, denn in keiner anderen Stadt werden so viel Lehrlinge angeleitet als gerade in Leipzig. Absatz c in § 9 soll künftig lauten: In den Abteilungen Photographie, Retusche und Präparation dürfen nur von 1—10 Gehilfen ein Lehrling gehalten werden. Absatz d ist zu streichen, doch ist ein neuer Passus anzufügen dahingehend, daß den Lehrlingen alljährlich 14 Tage Ferien zu gewähren sind. Auch sind, um Streitigkeiten aus dem Wege zu gehen, alle Lehrlingeinstellungen dem Tarifamt anzuzeigen. Über die Dauer des neuen Tarifs bleibt dem Kreisvertreter freie Hand. Sollte wieder ein Zwangstarif zustande kommen, dann muß den Gehilfen Einfluß auf die Preisbildung eingeräumt werden. Bei der Aussprache über die derzeitigen Lohnverhältnisse kam es zu einer teilweise recht lebhaften Debatte. Die Löhne müssen unbedingt baldigst aufgebessert werden um den Preissteigerungen auf allen Gebieten des Lebensunterhaltes einigermaßen gerecht zu werden. Der Kreisvertreter wurde beauftragt, sofort diesbezügliche Schritte beim Tarifamt einzuleiten.

**Leipzig, Chemigraphen.** In der am 4. März abgehaltenen Versammlung nahmen die Chemigraphen Leipzigs nochmals zu dem schon wiederholt erörterten Thema »Wachspause betreffend« Stellung. Kollege Friedel teilte mit, daß von den 27 am Orte befindlichen chemigraphischen Anstalten in 21 diese Frage im Einverständnis von Prinzipal und Gehilfen geregelt ist. Die Schuld am Widerstand der übrigen Firmen schiebt die Versammlung dem Prinzipals-Gruppenvorsitzenden Herrn Hofrat Weber zu, welcher die von der Ortsverwaltung angebotenen Einigungsverhandlungen rüsk ablehnte. Im übrigen werden die Tarifamtsvertreter scharf angegriffen, die so wichtige Paragraphen in so unbestimmte Form kleiden.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung: »Stellungnahme zu einer weiteren Lohnforderung«, finden die Versammelten die letzten Zulagen von 15, 20 und 25 Mk. viel zu gering und bei Bewilligung als bereits überholt. Ganz besonders wird hervorgehoben, daß Leipzig als teuerste Stadt Deutschlands mit den am Orte gezahlten Löhnen ganz beträchtlich hinter den übrigen Zahlstellen zurücksteht. Die Kollegenschaft stellt keine Höhe der neuen Forderung auf, sondern erwartet von der in kurze stattfindenden Tarifamtssitzung, daß sie im Sinne der Abmahnung des graphischen Industrieverbandes beschließt und sich von der Forderung von 70 Mk. pro Kopf und Woche auch nicht einen Strich abhandeln läßt.

Nach einigen Erläuterungen und Anfragen unter Punkt Verschiedenes, schließt die sehr gut besuchte Versammlung in vorgeschrittener Abendstunde.

k. r.

## Graphische Technik.

### Die Faltschachtel.

Das Streben der Reklame, in immer neuen Arten und Formen die Aufmerksamkeit der Menschen auf bestimmte Dinge zu lenken, erzeugt nicht selten ganz neue Berufswege. Neben der chemischen Industrie war es besonders die Lebensmittelindustrie, die die Reklame zwang, sich in das Gewand der Nützlichkeit zu kleiden. Denn neben dem Zweck der Anpreisung sollte auch zugleich dem Bedürfnis nach einer geeigneten praktischen Verpackung Rechnung getragen werden. Aus dem erst nur mit der Firma versehenen Umschlagpapier entwickelte sich im Laufe der Zeit die Faltschachtel, deren Form eine ganz neue Richtung auf dem Gebiete der Reklame aufbrachte. Die Kleingraphik erhielt neue Arbeitsgebiete, aber auch Flächenwirkung versuchte sich verschiedentlich mit ziemlichem Geschick. Heute ist die Faltschachtel unentbehrlich geworden, weil sie neben der Reklame auch zugleich den Zwecken der Nützlichkeit dient.

Inwiefern die neue Reklamesteuer, die auch die Faltschachtel als geeignetes Objekt ihrer Saugnäpfe betrachtet, auf die weitere Entwicklung und Ausbreitung der Faltschachtel ihren Einfluß ausübt, ist vorläufig noch nicht mit Gewißheit zu sagen. Da aber fast alle Gebiete der modernen Warenanpreisung von der Reklamesteuer erfaßt werden, dürfte die weitere Entwicklung der Faltschachtel kaum eingeschnürt werden. Es ist auch sehr unwahrscheinlich, daß die steuerliche Belastung eine weitere Vereinfachung der Faltschachtel in ihrer drucktechnischen Herstellung zur Folge hat, da schon bisher mehr als bei allen anderen Mitteln der Reklame hier der Satz Geltung hatte:



mit wenig Mitteln in die Augen springende Wirkung zu erzielen. Mit weniger Farben als einer, mit der schon staunenerregende Wirkungen auch auf dem Gebiete der Faltschachtelreklame erzielt wurden, kann auch in Zukunft nicht gerechnet werden.

Bisher war die Faltschachtel ausschließlich ein Arbeitsgebiet des Steindruckers und besonders der Lebensmittelindustrie gab Aufträge, die in die Millionen gingen; sicherlich auch lohnend. Vor dem Kriege nur auf einige Firmen unseres Gewerbes beschränkt, wurde die Herstellung der Faltschachtel ein gesuchtes Mittel, um über die Absperrung vom Weltmarkt hinweg zu kommen. Das Bedrucken der rauhen Faltschachtelkartons auf der Flachdruckschneidpresse, das mit so großen Schwierigkeiten verbunden war, daß sie sich teilweise nicht bewältigen ließen, brachte den Umkarton, der kaschiert, den Preis der einzelnen Schachtel natürlich gewaltig beeinflusste. Auch bei Abstandnahme vom Umkarton blieb nichts anderes übrig, zumal wenn Flachdruck in Frage kam, nach möglichst glatten Kartons zu suchen, die ebenfalls ihren Einfluß in der Preisbildung geltend machten, was nicht selten dazu führte, daß man dann doch des Preises wegen zur Wahl eines Beutels kam, der zwar schlecht, aber doch den Zweck verrichtete.

Dieses Verhältnis änderte sich blitzartig mit dem Aufkommen der Offsetmaschine. Der Widerstandigen Zähmung begann. Und wenn die Kartons noch so rau waren, das schmierige und zugsame Gummiluch legte sich allem Widerstand zum Trotz fein und sauber in die Poren hinein. Flächen lagen da wie geleckt, auch wenn der Karton nur sehr schlecht bei der Verteilung der üblichen Binde und Streichmittel weggekommen war. Ja, für ganz spezielle Arbeiten erwies sich der rauhe Karton als das einzig geeignete Mittel, plastische Wirkungen in ganzer Vollendung zu erzielen. Gesteigerte Leistungsfähigkeit, sowohl in Qualität wie Quantität, brachte immer mehr und immer größere Aufträge und drückte manchem Unternehmen unseres Gewerbes das Gepräge auf.

Gesteigerte Leistungsfähigkeit bringt gesteigerten Bedarf und steigenden Bedarf reizt die Steigerung der Leistungen an. In dem Maße, in dem sich die Faltschachtel Absatzgebiete eroberte, in demselben Maße stiegen die Anforderungen an die Faltschachtel, der Reklame zu dienen. Die einfache Anpreisung der Waren genügte nicht mehr. In die Augen springend sollte auch die Faltschachtel wirken, mit magischer Wucht den Vorübergehenden fesseln, ohne jedoch grundsätzlich von moderner Reklame abzuweichen. Eine neue Gruppe graphischer Zeichner bildete sich heran, der Faltschachtel zu dienen, aber auch Künstler von Ruf verschmähten es nicht, die Faltschachtel als Mittel künstlerischen Ausdruckes zu benutzen.

Es ist das Verhängnis aller Entwicklung, daß sie, im Glauben sich wiegend, die höchste Stufe erreicht zu haben, mit Schrecken wahrnehmen muß, am eignen Busen den eignen Totengräber gezogen zu haben, und nur Anpassung an neue Formen, die alles andere überragen, die weitere Existenz gestattet. Allen Einsichtigen in der Faltschachtelindustrie des Steindruckergewerbes lag die kostspielige Weiterverarbeitung der Faltschachtel nach Vollendung des Druckes am Herzen. Neben den Klebearbeiten war es besonders das Stanzen und Rillen der Schachteln, das viel Zeit in Anspruch nahm. Insbesondere das Rillen oder Nuten verlangte jedes für sich einen besonderen Arbeitsgang. Neben ziemlicher Inanspruchnahme von Zeit, was gleichbedeutend ist mit Zahlung von Lohn, ergab sich auch mit dieser Methode ein hoher Prozentsatz von Ausschub.

Da trat ein neuer Konkurrent für unsere Faltschachtelindustrie auf, der Beachtung verdiente. Die nie ruhende und nie rastende, immer vorwärtstürende Technik hatte eine neue Maschine geschaffen, die besonders von den Großabnehmern der Faltschachteln begrüßt wurde. Ohne besonders geschultes Personal zu erfordern, war die neue Maschine in der Lage, glattweg von der Papprolle Faltschachteln zu liefern, die geringen Ansprüchen genügten. Neben Rill- und Stanzvorrichtungen ist eine kleine Buchdruckmaschine mit eingebaut, die einfachen Satz zur Zufriedenheit druckt. Trotz des viel langsameren Ganges dieser neuen Maschine, im Gegensatz zur Offsetmaschine, lieferte sie doch mehr, war leistungsfähiger, weil alles erforderliche in einem Arbeitsgange geleistet wurde. Am Anfang der Maschine die Papprolle, an ihrem Ende die bedruckte Faltschachtel, fix und fertig zum Gebrauch.

Diesen Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen war nun das höchste Streben der Faltschachtelindustrie im Steindruckergewerbe. Wenn auch die neue Maschine für Qualitätsware von vornherein ausgeschaltet war, so entzog sie doch die Aufträge, die man schlechthin mit dem Namen Maschinenfutter bezeichnete. Die Massenaufträge gail es zu halten oder wieder zurück zu gewinnen. Neue Methoden zur weiteren Verarbeitung der Faltschachtel, die den weiteren Verarbeitungsprozess wesentlich vereinfachten, wurden eronnen, ausprobiert und eingeführt. Im Verein mit der qualitativen und quantitativen größeren Leistungsfähigkeit im Druck, gepaart mit rationaler Weiterverarbeitung der Faltschachtel dürfte vorläufig nach

Ansicht von Fachleuten dieser Konkurrenz aus dem Felde geschlagen sein.

Doch, lauert da nicht wieder ein neuer Feind der Faltschachtel?

Das Prinzip der technischen Entwicklung ist das Überflüssigmachen von Menschenhänden in immer größerem Umfange. Auf diesem Prinzip beruht auch zum Teil mit die neue Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, die dem Menschen größere Freiheit und Loslösung von der Maschine verspricht. Der Mensch heute noch Sklave der Maschine, soll ihr Herr werden und sie ganz in seinen Dienst stellen. Das Füllen der Faltschachteln, das viele fleißige Menschenhände in Bewegung setzte, geht immer mehr auf die Maschine über. Wer schon Gelegenheit gehabt hat zu sehen, wie diese eisernen Arbeiter die Füllung der Faltschachteln besorgen, wer Gelegenheit gehabt hat z. B. das Füllen von Kunsttonig in ihre Umschlagpapiere zu beobachten, der wird erstaunt sein, mit welcher Präzision die eisernen Arbeiter ihre Pflicht erfüllen. Da kann jede einzelne Füllung auf ihren Gewichtsinhalt nachgeprüft werden, kein Gramm zu viel und keins zu wenig, und dem sterblichen Menschen dürfte es schwer fallen, ja unmöglich sein, mit solcher Genauigkeit fortlaufend eine Gewichtseinheit zum Ausmaß zu bringen.

Aber nicht genug damit. Noch ist die Arbeit nicht ganz erledigt. Kaum ist die Füllung der Faltschachtel vollendet, kommen auch schon eisernen Arme den Deckel der Schachtel zu schließen. Kaum ist auch diese Arbeit getan, sind schon mechanische Buchbinder mit Kleisterpinsel hurtig an der Arbeit, streichen Etiketten an und verschließen die Faltschachtel fix und fertig zum Verkauf.

Das solch komplizierte Maschine zu ihrer Weiterverarbeitung Präzisionsarbeit braucht, bedarf keiner Erwähnung. Wenn in den Anfängen der Faltschachtelerzeugung, sowohl beim Druck als auch bei den Kartonagenarbeiten, das Wort galt: auf eiren Meter kommt's nicht an, so haben sich jetzt die Verhältnisse von Grund auf geändert. Ganz genaue Arbeit verlangt die mechanische Füllung der Faltschachteln, denn sobald die Faltschachtel nicht ganz genau in den vorgeschriebenen Rahmen paßt, kommt das ganze Gefüge außer Rand und Band. Auch das Einstecken der einzelnen Schachteln wird durch die Maschine besorgt, und die kennt kein gefühlsmäßiges Ausgleichen. Was sich nicht genau einpaßt, wird eben quer durch die Maschine gedreht und abgesehen von der Füllung, die zwar in Behältern aufgefangen wird, arbeiten die eisernen Buchbinder fortgesetzt weiter und kleistern voll was innen in den Weg kommt. Was es aber heißt, eine Präzisionsmaschine mit Kleister eingepinselt zu haben, kann sich nur derjenige in vollem Umfange vorstellen, der mit diesen Dingen umgeht oder aus eigener Erfahrung weiß, wie schwer ein solcher Fehler zu beseitigen ist.

Um auch diesen Ansprüchen voll und ganz gerecht werden zu können, wird sich die Faltschachtelindustrie auch unseres Gewerbes technisch noch weiter vervollkommen müssen. Ihr Ziel wird dabei mit sein, weitere Menschenhände überflüssig zu machen. Je mehr auch die menschliche Arbeit überflüssig gemacht, der Produktionsprozess mechanisiert wird, je mehr sich die Produktion entwickelt, umso mehr wird der Besitz der Produktionsmittel in die Hände Einzelner zum Unsinn, die privat kapitalistische Produktion zur Plage werden. Die sozialistische Produktion wird ihr folgen als der Ausdruck noch mehr gesteigerter Produktivität. Das lehrt auch die Entwicklung der Faltschachtel. H.

## Feuilleton.

### Eingegangene Schriften.

**Die Internationale.** Vom Bund der Kommunisten bis zur Internationale der Weltrevolution. Zweite erweiterte Auflage. 52 Seiten, Preis 2 Mk. Verlagsgenossenschaft »Freiheit« Berlin C 2, Breitestraße 8-9.

Crispiens Schrift, deren erste Auflage in wenigen Wochen vergriffen war, enthält einen wertvollen Überblick über die Geschichte der internationalen Verbindungen des Proletariats. Die soeben erschienene zweite Auflage ist durch ein Kapitel über die Stellungnahme des Leipziger Parteitag der U. S. P. zur Internationale erweitert worden. Es enthält sowohl den Inhalt der dort stattgefundenen Auseinandersetzungen, als auch den Wortlaut der Beschlüsse der vorgelegten Resolutionen. Die Schrift ist deshalb für jeden, der sich mit der Geschichte und dem gegenwärtigen Problem der Internationale beschäftigt, unentbehrlich.

**Was ist Sozialisierung?** Zweite erweiterte Auflage mit einem Vorwort und einem Anhang über »Ablösung und Konfiskation«. 32 Seiten, Preis 1,50 Mk. Verlagsgenossenschaft »Freiheit« Abt. Buchhandlung, Berlin C 2, Breitestr. 8-9.

In kurzer Zeit hat Kautskys Schrift über die Sozialisierung eine neue Auflage erlebt, da diese Schrift wie kaum eine zweite die Grundprobleme der Sozialisierung knapp und verständlich behandelt. Wenn auch gegenwärtig die Aussichten der Sozialisierung gering sind, so ist es doch für jeden klassenbewußten Arbeiter unerlässlich, daß

er sich über das Problem und die Voraussetzungen der Sozialisierung eingehend zu unterrichten sucht. Kautskys Schrift ist dazu ein guter Wegweiser. Der zweiten Ausgabe ist ein neues Kapitel angefügt worden, das die wichtige Frage der *Ablösung und Konfiskation* bei der Sozialisierung behandelt. Außerdem hat Kautsky ein Vorwort geschrieben, das die gegenwärtigen Aussichten für die Sozialisierung untersucht.

**Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens.** Bearbeitet von A. Ellinger. Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverband. Verlag von Fritz Paepflow.

Die Schrift Ellingers ist eine wirksame Ergänzung der Schrift Kautskys, weil sie in praktischer Anwendung das Problem der Sozialisierung zu lösen sich bemüht. Gerade das Wohnungswesen, deren Mängel sich jetzt besonders fühlbar machen, hat den letzten Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes beschäftigt. Die Verhandlungen und Entschlüsse des Verbandstages, grundsätzliche zur Sozialisierung, Vergesellschaftung des Wohnungswesens, Sozialisierung der Baubetriebe, Gründung von Produktivgenossenschaften, Verstaatlichung und Kommunalisierung des Baugewerbes und Gegenüberstellung der verschiedenen Betriebsformen bilden den Inhalt der Schrift, die jedem Interessenten nur bestens empfohlen werden kann.

Die Schrift, die durch den Kommissionsverlag Auer & C., Hamburg, Fehlandstr. 11 zu beziehen ist, kostet einschließlich aller Teuerungszulagen 6 Mark.

**Das Betriebsrätegesetz,** kommentiert und erläutert von Dr. Georg Flawow, Hilfsreferent im Reichsarbeitsministerium. Der Verfasser hat an der Entstehung und den Verhandlungen des Gesetzes in allen seinen Stadien teilgenommen und vermag daher eine eingehende, sachgemäße Darstellung der Bestimmungen zu geben. Als Anhang sind die wichtigsten arbeitsrechtlichen Gesetze seit der Revolution beigefügt (die Wahlordnung, die aufrechterhaltenen Teile der Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge und Schlichtungsausschüsse, die Verordnung über Einstellung und Entlassung von Kriegsteilnehmern und über Einstellung Schwerbeschädigter, die Verordnung über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und Angestellten, die vorläufige Landarbeitsordnung und anderes mehr). Unentbehrlich für jeden Arbeiter, Betriebsrat, Gewerkschaftsbeamten, für Schlichtungsausschüsse, Handelskammern, Rechtsanwaltsstellen, Staats- und Kommunalbehörden sowie für jedermann, der in Fragen des modernen Arbeitsrechts Auskunft zu erteilen hat. Preis gebunden zirka 8 Mk. Buchhandlung »Vorwärts«, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

**Das Gesetz über Betriebsräte.** Heft 1 der »Gesetzeserläuterungen für Arbeiter und Angestellte« erläutert von S. Aufhäuser, ca. 88 Seiten, Preis Mk. 3.50. Verlagsgenossenschaft »Freiheit«, e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandel, Berlin C 2, Breite Straße 8-9. Dieser Kommentar zum Betriebsrätegesetz enthält neben sehr eingehenden Anmerkungen zu den einzelnen Paragraphen einen sehr wertvollen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung des Rätegedankens in Deutschland und das Entstehen dieses Gesetzes. Bei den Erklärungen zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes wird immer wieder auf die Vorgeschichte verwiesen, um so die Möglichkeit für die Durchführung der teilweise sehr unklaren gesetzlichen Vorschriften zu schaffen. Eine Sammlung geschichtlicher Dokumente, die mit dem ersten Erlaß des Berliner Vollzugsrats zur Neuwahl von Betriebsausschüssen vom 15. November 1918 beginnt, auch alle anderen wichtigen Vereinbarungen im Wortlaut enthält und mit den Bestimmungen der Reichsverfassung über die Räte abschließt, sowie die besonders übersichtliche Anordnung des Textes erhöhen den Wert dieses Nachschlagewerkes. Seine Anschaffung ist für jeden Funktionär der Berufsorganisationen, sowie jeden Arbeiter oder Betriebsrat unerlässlich. Auch für die Durchführung der Wahlen zu den Betriebsräten wird die Schrift wertvolle Dienste leisten.

**Die Wahlordnung zum Gesetz über Betriebsräte** nebst Anhang ist ein Nachtrag zu Heft 1 der Gesetzeserläuterungen für Arbeiter und Angestellte. Neben der Wahlordnung enthält der Nachtrag Muster für alle Wahlen und Bekanntmachungen. Preis des Nachtrages 0,50 Mk.

**Die Neue Erziehung.** Die bekannte pädagogische Zeitschrift dieses Namens hat soeben ihren ersten Jahrgang beendet. Die Durchsicht der bisher erschienenen 26 Hefte weist eine reiche Fülle interessanter Stoffe auf. Alle Haupt- und Nebengebiete des Erziehungsproblems, aber auch namhafteste Schullehrer aller Richtungen sind darin vertreten. Die unter Leitung Dr. Baeges stehende Zeitschrift hat schon in diesem ersten Jahre viel zur Klärung der sozialistischen Gedankenwelt beitragen können, mehr noch -- und das ist vielleicht noch wichtiger -- zur Beseitigung all der Mißverständnisse und Vorurteile, die in bürgerlichem Lager noch über die Erziehungsideale der Arbeiterschaft, der Sozialisten überhaupt bestehen. Eine besondere Fundgrube für alle Erzieher, Elternräte, Schulkommissionen usw. bilden die Rundschauen, welche den Leser über das Wichtigste

aus allen Kulturgebieten auf dem Laufenden halten.

Der neue Jahrgang beginnt soeben mit einer Erweiterung: Allmonatlich wird der »Neuen Erziehung« eine besondere 16seitige »Internationale Erziehungs-Rundschau« beiliegen, die im Auftrage der Abteilung für Erziehung der deutschen Liga für Völkerbund Fr. Dr. Elisabeth Rotten herausgibt. Die erste Nummer dieser Rundschau bringt schon Originalbeiträge aus England, Amerika, Schweiz, Frankreich, Spanien, Rußland, Dänemark, Österreich usw.

Die »Neue Erziehung« kann bei jeder Postanstalt zum Preise von 6,- Mk. vierteljährlich zusätzlich Bestellgeld abonniert werden. Die Zusendung direkt unter Kreuzband vom Verlag Gesellschaft und Erziehung Berlin-Fichtenau kostet 7,- Mk., Einzelnummer 1,20 Mk. und 15 Pfg. Porto.

Das deutsche Buchgewerbe, Heft 12 der Verbandsbücherei des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins. Aufgestellt vom Sprachauschuß des Deutschen Buchgewerbevereins, unter Mitwirkung des

Allgemeinen Deutschen Sprachvereins. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle des Deutschen Buchgewerbevereins. Preis einschließlich Teuerungszuschlag Mk. 1,55.

Der Allgemeine Deutsche Sprachverein hat es als eine seiner wichtigsten Aufgaben betrachtet, die fremdlandischen Fadausdrücke der verschiedenen Gewerbe zu verdeutschen. Heft 12 behandelt das deutsche Buchgewerbe und hat sich der Sprachauschuß bemüht, seine Aufgabe nach besten Kräften zu lösen. Die gesamten Vereine des graphischen Gewerbes veröffentlichten das vorliegende Heft in der Hoffnung, daß es die Fachkreise an reger Mitarbeit zur Verbesserung und Vervollkommnung and fernherhin nicht fehlen lassen.

Mieterschutz. Kleines Auskunftsbuch für Mieterkreise nach B. G. B. und Mieterschutzverordnung. Herausgegeben unter Mitwirkung und mit dem Material mehrerer Mietervereinigungen und Mietervereinsämter von Direktor E. Abigh, Wiesbaden. Heimkulturverlag, G. m. b. H., Wiesbaden.

Das Heftchen will ein Schutz für Mieter sein. Es behandelt in gedrängter Kürze alle Fälle und Streitigkeiten, die sich aus einem Mietvertrag ergeben können. Neben den Gesetzen und Verordnungen, die zum Schutze der Mieter erlassen sind, enthält es Richtlinien zur Gründung von Mieterschutzvereinen.

Der Elternbeirat. Eine neue Halbmonatsschrift für Eltern, Lehrer und Behörden. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68, von Regierungs- und Schulrat E. Wille im preußischen Kultusministerium. Preis Mk. 5.50 vierteljährlich, Einzelheft Mk. 1.-

Der Elternbeirat bringt Aufsätze für alle Gebiete der Schule und Erziehung aus der Feder namhafter Pädagogen, Schulpolitiker und Ärzte und will damit den Elternbeiräten, deren tätige Mitarbeit an dem Blatte vorgesehen und erstrebt wird, das wissenschaftliche Rüstzeug zur Ausübung ihrer Tätigkeit und Gelegenheit zur Aussprache über alle einschlägigen Fragen geben. Einen parteipolitischen Standpunkt wird sie nicht vertreten.

## TOTENLISTE

1920.

† Am 15. Januar in Bielefeld Paul Scheele, Lithograph aus Bielefeld, 45 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 3 Tage. — Eingetreten in Bielefeld am 15. November 1893.

† Am 19. Januar in Brandenburg Ernst Manze, Lithograph aus Brandenburg, 37 Jahre alt, an Bluthusten (Lungenleiden), krank 7 Wochen 2 Tage. — Eingetreten in Brandenburg am 31. März 1901.

† Am 21. Januar in Offenburg Karl Adam, Lithograph aus Klein-Steinheim bei Hanau a. M., 38 Jahre alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetreten in Hanau a. M. am 3. Juni 1900.

† Am 24. Januar in Berlin Max Hesse, Steindrucker aus Neisse, 26 Jahre alt, an Grippe und Lungenentzündung, krank 1 Woche. — Eingetreten in Schweidnitz am 14. April 1912 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 2. April 1908.)

† Am 27. Januar in Berlin Georg Röhl, Chemigraph aus Schöneberg-Berlin, 21 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 1 Woche. — Eingetreten in Berlin am 6. August 1916.

† Am 28. Januar in Cassel August Dahlheim, Steindrucker aus Hundsburg, 20 Jahre alt, an Grippe und Lungenentzündung, krank 2 Tage. — Eingetreten in Magdeburg am 4. Mai 1919 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 1. Oktober 1916.)

† Am 29. Januar in Dresden Karl Bamsch, Photograph aus Dresden, 62 Jahre alt, an Kehlkopftuberkulose, krank 22 Wochen. — Eingetreten in Dresden am 27. September 1908.

† Am 29. Januar in Leipzig Johannes Pfennig, Kartograph aus Glogau, 43 Jahre alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetreten in Leipzig am 24. November 1918.

† Am 29. Januar in Berlin Gustav Stichling, Steindrucker aus Berlin, 57 Jahre alt, an Herzleiden, krank 8 Wochen 4 Tage. — Eingetreten in Berlin am 19. September 1894.

† Am 2. Februar in Nürnberg Leonhard Rogner, Steindrucker aus Nürnberg, 61 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 22 Wochen 1 Tag. — Eingetreten in Nürnberg am 11. Februar 1878.

† Am 3. Februar in Berlin Paul Klink, Steindrucker aus Ratibor, 44 Jahre alt, an Herzlähmung, krank 19 Wochen. — Eingetreten in Berlin am 26. Januar 1919.

† Am 4. Februar in Bremen Joseph Hüsken, Steindrucker aus Bremen, 20 Jahre alt, an Grippe, krank 1 Woche. — Eingetreten in Bremen am 13. April 1919 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 3. Mai 1914.)

† Am 5. Februar in Bautzen Otto Sommer, Lithograph aus Bautzen, 29 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 7 Wochen. — Eingetreten in Bautzen am 1. Mai 1910 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 15. März 1908.)

† Am 6. Februar in Berlin Gustav Wiese, Chemigraph aus Berlin, 29 Jahre alt, plötzlich an Herzschwäche. — Eingetreten in Berlin am 8. Dezember 1918.

† Am 7. Februar in Brandenburg a. H. Albert Heyl, Steindrucker aus Berlin, 63 Jahre alt, an Influenza, krank 6 Wochen 1 Tag. — Eingetreten in Brandenburg a. H. am 15. Juli 1917.

Ehre ihrem Andenken!

Der Verbandsvorstand.

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. Der Verbandsvorstand.

## Zwei Farbenätzer, Ein Schwarzdrucker

Wir suchen zwei tüchtige Farbenätzer, gleichzeitig Fertigmacher sowie einen 1a Schwarzdrucker, welcher aushilfsweise auch für Drei- und Vierfarbenandruck tätig sein kann. Stellung ist angenehm und dauernd. Wir bitten um schriftliche Angebote.

Chemigraphische Kunstanstalt Hiekel & Co.  
Leipzig-Schönefeld, Schmidt-Rühlstraße 36.

## Andrucker

(Handpresse) gewandt, fleißig und zuverlässig, für ein- und mehrfarbige Autotypen, suchen zum sofortigen Antritt in dauernde Stellung

Böhme & Co., G. m. b. H., Magdeburg.

„Betromit“ Schnelltrockenmittel „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamem Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.

„Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- u. Aluminiumplatten.

„Enoldin“ — Druckpaste — speziell für schlecht zu verdruckende Farben und Papiere.

„Enol“ — Drucktinktur — sehr geeignet für Bronzedruck.

„Goljad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich

empfehlen  
H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.  
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

## Umdrucker

der im Fertigmachen tüchtig und erfahren ist, sowie einen tüchtigen

## Abzugmacher

suchen  
Kunstdruck- u. Verlagsanstalt  
Wezel & Naumann A.-G., Zeitz.

## Erstklassigen Andrucker

für farbig und schwarz sucht  
Klischeefabrik Schönhals,  
BRESLAU.

## Zwei Messingstecher

sucht auf dauernd durch den Arbeitsnachweis  
Friedrich Schreier, Hildesheim-  
Moritzberg.

## Insertate

sind nicht an die Redaktion, sondern  
an die Expedition, Conrad Müller,  
Schkeuditz bei Leipzig, Augusta-  
straße 8, zu senden.



## Wolff's preisgekrönte Bronzetinktur Kosmos

bürgt für das Hatten auf gestrichenen  
und ungestrichenen Papieren und einen  
bisher unerreichten Hochglanz des  
Bronzedruckes. Auch bei Buntdruck  
hervorragende Wirkung erzielt.  
Eine Probe überzeugt!

J. H. Wolff, G. m. b. H.,  
Detmold.

Fachkundige Vertreter überall  
gesucht!

Graphische Fachklassen  
Entwurf und Werkstattausbildung.  
Auskünfte durch die  
Kunstgewerbeschule  
Barmen

## Druckwalzenflanschen

ab Lager und kurzfristig liefert zu äußersten Preisen  
Max Kupko, Maschinenschlosserei, Eilenburg.

## ZINKDRUCKPLATTEN

1a. Zinkätze, Auswaschtinktur, Neuschleifen gebrauchter Platten.  
KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 50  
Fernruf: Moritzplatz 12289.